

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Haus“

Erhalter-Gasse geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Geruch:

„Tagblatt-Haus“ Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntags.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 10 Pf. monatlich, 2. — vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Frachtposten 2. — vierteljährlich durch alle deutschen Postämter, auswärts durch Nachnahme. — Bezugs-Verhältnisse nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden bei der Postanstalt, Langgasse 21, sowie die Hauptstellen in allen Teilen der Stadt, in Berlin die Postämter, in den übrigen Städten die Postämter und in den benachbarten Vororten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.



Bezugs-Nummern: Für die Rhein-Ausgabe bis 12 Uhr mittags, für die Morgen-Ausgabe bis 8 Uhr nachmittags.

Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatt: Berlin SW. 61, Zeltower Str. 16, Fernspr. Amt Köpenick 5788.

Für die Aufnahme von Anzeigen an verordnungsamtlichen Tagen und Feste wird keine Gewähr übernommen.

Mittwoch, 10. Dezember 1913.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 575. • 61. Jahrgang.

Regierungsmöglichkeit.

Zum Überdruß oft wird uns vorgehalten, daß wir kein parlamentarisches Regierungssystem haben. Es ist wahr, wir haben keins. Es ist wahr, daß das Mißtrauensvotum, mit dem belastet der Reichskanzler am Donnerstag nach Donauerschlingen fuhr, den verfassungsmäßig verantwortlichen Staatsmann nicht in der Weise stürzen kann, wie das in Ländern mit ausgebildeten parlamentarischen Formen geschehen wäre. Solange Herr v. Bethmann-Hollweg das Vertrauen des Kaisers genießt, kann ihm kein Mißtrauensvotum etwas anhaben. Das sind Trivialitäten, die wir ungern wiederholen, die man aber wiederholen darf, ja muß, weil zugleich hinzuzufügen ist, daß das Problem sich mit dieser Feststellung nicht erschöpft. Der Reichstag, der mit einer Mehrheit von fünf Sechsteln seiner Mitglieder Herrn v. Bethmann-Hollweg seine Mißbilligung über die in der Baberner Angelegenheit eingenommene Haltung ausdrückte, hatte gar nicht beabsichtigt, den Reichskanzler beiseite zu helfen. Nur auf dies eine Moment gründlicher Verfehlung und Verwirrung der Richtungslinien in der Affäre von Babern sollte und konnte sich das Mißtrauensvotum beziehen. Wenn das Votum auf die Gesamttätigkeit des Herrn v. Bethmann-Hollweg hätte ausgedehnt werden sollen, so würde es (man darf sich darüber doch nicht täuschen) die Mehrheit, die es erhielt, eben nicht erhalten haben. Das Zentrum hätte nicht mitgetan, denn es steht sich mit v. Bethmann-Hollweg so übel nicht, und es hat Ansprüche an ihn, die gerade dieser, angeblich über Wolken und Wassern schwebende, tatsächlich vor jedem stärkeren Lufthauch hin- und hergetriebene „Staatsmann“ wohl noch am ersten erfüllen könnte. Das Zentrum will seine Jesuiten wieder haben, und dazu soll ihm der Reichskanzler verhelfen. Auch die Nationalliberalen, so wenig Gefallen sie an dem jetzigen Kanzler finden, würden erst sehen wollen, wen sie als Nachfolger zu begrüßen hätten, ehe sie ihn wegräumen müßten. Man wird ungefähr dasselbe, wenn auch nicht ganz aus denselben Beweggründen, von der Fortschrittlichen Volkspartei sagen können. Warum sollte die Fortschrittliche Volkspartei Herrn v. Bethmann-Hollweg beiseite wolle? Hundert Motive zur Unzufriedenheit sind da, aber der Reichskanzler kann auch Aktivrollen spielen. Wir können uns einen willkommeneren Mann an seiner Stelle denken, wir müssen aber befürchten, daß ein weniger willkommener nach ihm seine Stelle einnehmen würde. Wenn man es recht betrachtet, sind gerade die vierundfünfzig Mann, die am vorigen Donnerstag das Häuflein der Minderheit bildeten, die verbissensten, ja die eigentlichen Gegner des Herrn v. Bethmann-Hollweg. Den Konservativen paßt er schon lange nicht; er kommt nach ihrer Meinung den nichtkonservativen Tendenzen

immer noch viel zu weit entgegen, und das Gerücht der Nahe, das bekanntermaßen kalt am besten schmecken soll, der Nahe für die Verzweiflung des Herrn v. Seydewitz (der das Schwert nur im Munde führt), ist nachgerade hinreichend abgefühlt; die Konservativen müßten sich endlich an die Tische setzen.

Gaben wir kein parlamentarisches System, so steht in dem Nachteil also auch ein Vorteil, und das soll bezeugen, daß der Reichstag und die hinter ihm stehende gewaltige Mehrheit der öffentlichen Meinung in der diesmal besonders nützlichen Lage ist, dem verantwortlichen Staatsmann das allgemeine Mißfallen über seine Politik in einer bestimmten Frage auszudrücken, ohne ihn selber mit Haut und Haar gleich in die Ecke zu kehren. Herr v. Bethmann-Hollweg wäre also immer noch der Rückweg zu einer Politik möglich, bei der die Reichstagsmehrheit vergeben und vergessen würde und es mit einem System, das in einem Punkte so kläglich versagt hat, wenigstens in anderen Punkten nochmals versuchen könnte. Und damit kommen wir zur Rückseite der Medaille. Parlamentarisches System hin, parlamentarisches System her, aber wie denkt man sich die Möglichkeit eines Zusammenarbeitens zwischen einer Regierung, die sich aus einem so kräftigen Mißtrauensvotum schlechterdings gar nichts macht, und einem Reichstage, der in bedeutender Stunde so schön und eindrucksvoll als das Gewissen der Nation gesprochen hat? Es ist ja ein Unsinn, die Dinge zum Konflikt treiben zu wollen, wie es vielleicht manchen rabioten Militärs und so verrannten Leuten wie dem Kanuschauder und den Albedutschen gefallen mag. Zunächst fehlt jeder Gegenstand, an dem sich ein Konflikt anzündend könnte. Dem Reichstage liegen keine Gesekentwürfe vor, bei denen es um Wohl und Wehe von Reich und Volk ginge. Dagegen hat diese Volksvertretung, in der 111 Sozialdemokraten sitzen, die größte, jemals eingebrachte Militärvorlage ohne Abstriche bewilligt, ohne daß es Kämpfe gegeben hätte. Mit solchem Reichstage führt man keinen Krieg, aber man kann ihn auch nicht als ein störendes oder mindestens gleichgültiges Gemurmel beiseite schieben. Soll weiterregiert werden, so muß das Geschehen, was der Reichstag als Vertretung der idealen Güter von Gesetz, Recht und Verfassung mit Würde und mit eindringlichem, in Worten sich mäßigendem, in der Sache nicht zu erschütterndem Pathos gefordert hat. Es gibt keine Regierungsmöglichkeit, wenn die Regierung, vertreten durch Herrn v. Bethmann-Hollweg, nicht Bürgschaften gibt, die ausreichen, um das brüchig gewordene Vertrauen wieder herzustellen. Die erste Stunde, von der der Reichskanzler am Donnerstag sprach, steht uns ja eigentlich erst bevor. Die Regierung weiß, daß mit diesem Reichstag vortrefflich auszukommen ist; nur an ihr wird es liegen, wenn dies Auskommen schließlich doch nicht möglich sein sollte.

Es handelt sich gar nicht um eine Kraftprobe, es handelt sich um die Geltung des Gesetzes und um die Vernunft. Wir glauben, daß es Herrn v. Bethmann-Hollweg so schwer nicht fallen würde, sich wieder zurechtzufinden, wir müssen aber verlangen, daß auch der Kriegsminister sein unbegreifliches Verhalten in der Interpellationsdebatte bald und gründlich corrigiert, weil sonst ein Zusammenarbeiten mit ihm ungemein erschwert, wenn überhaupt noch denkbar sein würde. Einstweilen braucht man die Hoffnung nicht aufzugeben, daß das, was sein muß, auch geschehen wird.

Politische Übersicht.

Ein englisches Urteil über v. Tirpitz.

Ein beachtenswertes Urteil über die deutsche Flottenentwicklung im allgemeinen und über die Bedeutung des Großadmirals v. Tirpitz dafür findet sich im Londoner „Daily Telegraph“. Das englische Blatt bespricht das durch die Veröffentlichung der letzten Tage bekannt gewordene Buch des Fürsten Bülow über die deutsche Politik und sagt dabei:

Der Fürst erklärt, der Bau einer ausreichenden Flotte sei die Aufgabe gewesen, die ihm vom ersten Moment vor Augen geschwebt, als er 1897 zum Sekretär des Auswärtigen ernannt worden sei. Aber dies Jahr ist nicht so wichtig für die, welche die Entwicklung der deutschen Seemacht studieren, als dem Grunde, weil Fürst Bülow in ihm die erste Stufe zu seinem späteren höchsten Amt betrat, sondern weil ihm Admiral Tirpitz zum Staatssekretär ernannt wurde. Bülow schreibt, daß Deutschland gefährdet gewesen sei, solange sein Welthandel und seine Schifffahrt keinen nationalen Schutz zur See gehabt hätten. Man muß annehmen, daß Admiral Tirpitz von Beginn ein viel größeres Ideal vor Augen hatte: das Ideal, das heutzutage Deutschlands Wettbewerb zur See mit uns zugrunde liegt und das dem deutschen Volke hauptsächlich durch die unermüdeten und klugen Anstrengungen des Marineministers übertragen worden ist. Das Ziel von Deutschlands Flotten-Expansion ist, seine Stellung zur See so zu heben, daß es zu stark sein wird, um selbst von der größten Seemacht ohne weiteres herausgefordert zu werden, daß es in der Lage ist, wenn es sein Interesse oder seine Ehre verlangt, jedweden anderen Lande „Rein“ zu sagen, sei es zu Lande oder zur See.

Niemand wird dem Kaiser bestreiten, daß er von seiner Thronbesteigung ab das Ideal der Entwicklung zur See mit einem Enthusiasmus und einer Beharrlichkeit hochgehalten hat, wie sie nie ein Souverän für irgendein Ziel gezeigt hat, aber die deutsche Flotte hätte nicht ohne Tirpitz geschaffen werden können. Der Kaiser konnte gegenüber der Indifferenz der Nation und der Feindseligkeiten des Reichstages in der

Londoner Leben.

Bridge rechts! Tango links. — Die Frau Präsidentin und der Bischof von Kensington. — Der Gut der Götter. — Offiziere und Zuhörer. — Sollen die Söhne den Vätern das Rauchen untersagen?

London, 2. Dezember.

In der guten alten Zeit — so bis in den Anfang dieses Jahrhunderts hinein — gab es noch ein Gesellschaftsleben. Da konnten wir hier ein Lied anheben, dort einen anderen Vortrag oder auch mehrere — zuweilen auch mehr als reichlich! — Aber es war doch — in den meisten Fällen wenigstens! — auch noch eine Gelegenheit geboten, mit einer geistvollen, schönen Frau, einem weiseren, älteren Herrn — na, und anderen Persönlichkeiten — ein Gespräch zu führen. Aber heute! — heute heißt es bei unserem Eintritt in ein gastliches Haus: „Bridge rechts! — Tango links!“

Oder umgekehrt. Und wenn wir nicht Karten spielen wollen oder nicht in vorgezeichneten Reihen hüpfen und lustiggerade hinterausgeschlagen und uns einander an den Hals hängen wollen, da können wir nur gleich wieder heimgehen. So ist es jetzt in London! So in Paris! So gewiß auch in Wiesbaden! — Wie lange noch! — Nun Bridge mag noch angehen, wenn ich auch nicht begreife, wie es neben dem guten, alten deutschen Satz dort überhaupt hat aufkommen können. Aber Tango, das, wenn attraktiv getanzelt, doch Sache des Ballets ist, wenn aber, wie es gewöhnlich geschieht, doch nur für einen Postnachtsbesuch gelten kann und etwa wie Casanova, Bing-Pong, Diabolo nur der Sucht nach etwas Neuem entsprossen, eine Mode-Luxurie ist, die nur von solchen gepflegt wird, die den guten, alten Walzer nicht „hören“! Wie lange noch! —

Kreisch, Geschmäcker mögen verschieden sein. Das hat auch der (protestantische) Bischof von Kensington bemerkt, der letzten eifrig Balletstudien gemacht und gegen die Meinung — oder vielmehr deren Ermangelung — gewisser Längerinnen stark zu Felde gezogen. Da hat nun auch die Frau Präsidentin in London ihren Einzug gehalten und ist

von der ganzen Presse — und nicht ohne Grund — einmütig als höchst unmoralisch bezeichnet worden. Die „Daily Mail“ sah sich darauf genötigt, eine Wäntelserie der in der Presse zur Bezeichnung der „Schamlosigkeit“ des Stückes verwandten Eigenschaftswörter zu veröffentlichen. Und die Folge war natürlich, daß nun selbst die Zugendbolde aus persönlicher Erfahrung sich zu überzeugen wünschten, was man einem britischen Publikum zu bieten wagt, und das Haus ist auf Wochen hinaus — ausverkauft. Da kommt nun der Herr Bischof und erklärt, das Stück sei gar nicht so schlimm und er werde auch die Frau Bischof und seine Töchter hinführen. Nun es steht ja jedermann ein Urteil über ein öffentlich aufgeführtes Stück zu, warum nicht auch einem Bischof der englischen Staatskirche. Aber er muß sich's denn auch gefallen lassen, daß sein öffentlich abgegebenes Urteil wieder ebenso öffentlich beurteilt wird; und es wird ihm nun schuld gegeben, daß es entweder um die Moral des hohen geistlichen Herren schlimm bestellt sein müsse oder daß er in seiner an Einfachheit grenzenden Unschuld das nackte Laster nur in unbekleideten Gliedmaßen sieht — und die Präsidentinnen behalten zu wohl alle beide, die falsche wie die echte, noch etwas an — durch die allerdürftigste Überzückung viel gefährlicherer Dinge aber leicht hinter das Licht geführt wird.

In der guten alten Zeit — wie sie oben gekennzeichnet — war es auch Brauch, daß jeder Engländer stets in dem „Gut der Götter“, dem Zylinder, einherwandelte. Aber war es der demokratische Zug, der durchs Land dahinfeg, oder war es das jeder üppigen Trachtenentfaltung so wenig förderliche Automobil oder nur ein klein wenig praktischer Sinn, was da einwirkte, immerhin schwand mit dem dunklen Gehrod auch der hohe Hut mehr und mehr dahin. Er wird jetzt eigentlich nur in den Städten bei formellen Besuchen und im — Hyde-Park spazieren geführt; und seitdem Lord Rosebery eines Tages sich erklärte, im Strohhut über die Straße zu gehen, wird Strohhut — nun jedenfalls auch auf dem Kopfe getragen. Der Strohhut ist auch in England modisch, ja ist längst die allgemein gebräuchliche sommerliche Behauptung auch in der Stadt geworden. Das scheint

aller Welt zuzufügen, nur den affigen, jungen „Nuts“ nicht und begreiflicherweise auch nicht den Hutfabrikanten. Sie müßten das Wahrzeichen der Selbstachtung“ wieder mehr zu Ehren bringen und möchten uns sogar weismachen, daß der König auf ihrer Seite stehe. Es heißt sogar, den Garde-Offizieren sei Weisung zugegangen, in der Kaschbarchaft von Buckingham-Palast immer nur Zylinder zu tragen. In Zivil! — freilich! nur in Zivil! Sie tragen ja außer Dienst nie Uniform.

Wer aber im übrigen besonders treu an dem hohen Gut festgehalten, das sind — die Schulbuben in ihrem Sonntagsaufzug, der kurzen, schwarzen Jacke — wie sie bei uns wohl Kellnerjungen tragen — und schwarzen, glänzendem Zylinder. Das gilt zumal von den angehenden Jünglingen der vornehmen Internat-Schulen von Eton und Harrow.

Die Schüler der letzteren Bekanntschaft befinden sich zur Zeit in einer gewissen Verlegenheit, indem sie nicht recht wissen, was sie unter gegebenen Umständen mit ihren Vätern machen sollen. Der Herr Direktor der Schule hat sich veranlaßt gesehen, ein etwas langatmiges Rauchverbot zu erlassen, in dem nicht nur den Schülern selbst das Rauchen untersagt, sondern ihnen auch anheimgegeben wird, weder in ihren Zimmern noch in der Nähe der Schulgebäude in Gesellschaft von Leuten sich aufzuhalten, die rauchen. Das ist natürlich ein Wink für die Besucher der Jungen, diese nicht in Versuchung zu führen. Ganz schön! Aber sollte diese Verordnung — vollends wenn wir bedenken, wie gern man sich hier darüber aufhält, was in Deutschland alles verboten ist — nicht doch wohl als ein bißchen kleinlich und überflüssig erscheinen? Jedenfalls wird sie von einigen Vätern und anderen Besuchern so aufgefaßt, die sich nicht gern schulmeisterlich machen. Das kann nun die Schüler, die den Schulbetreibungen gern streng nachkommen wollen, leicht in eine heikle Lage bringen. Was sollen sie da mit den Vätern anstellen, die sie besuchen oder auch nur in der Nähe der Schule auf der Straße treffen, aber das Rauchen nicht sofort einstellen wollen. Sollten die Söhne die Väter „schneiden“, oder sie sich endlich vornehmen und ermahnen, daß sie das Rauchen lassen sollen? B. J. Brand

Flottenentwicklung keine Fortschritte machen, bis er den richtigen Minister an seiner Seite hatte. Admiral Tirpitz entwarf nicht nur die allgemeinen Grundzüge für das Vorgehen in der Marinepolitik, er organisierte es nicht nur in jedem Stadium bis ins einzelne, er erdachte auch die Mittel, die öffentliche Meinung in Bewegung zu setzen, und überwachte und leitete persönlich die notwendigen Maßnahmen durch die Legislative.

Deutsches Reich.

Deutschlands Bevölkerungsbewegung für das Jahr 1912, welche nach den Feststellungen des kaiserlichen Statistischen Amtes jetzt in den Schlussfassen vorliegt, ist nach mehrfacher Richtung sehr bemerkenswert. Die Zahl der Geborenen betrug im Jahre 1912 1 925 893 (im Vorjahre 1 927 039), im Durchschnitt des Jahrzehnts 1903 bis 1912 2 028 049. Auf tausend der Bevölkerung entfielen sonach im Jahre 1912: 29,12 (29,48), im Durchschnitt des genannten Jahrzehnts 32,40. Es starben in den gleichen Zeiträumen 1 085 996 (1 187 094) bzw. 1 179 735, vom Tausend der Bevölkerung 16,42 (18,16) bzw. 18,90. Der Geburtenüberschuss betrug im Jahre 1912 839 887 (739 945) bzw. 848 314, vom Tausend der Bevölkerung 12,70 (11,32) bzw. 13,59. Der Geburtenrückgang ist nach diesen Zahlen nicht unbedenklich. Allerdings wird er einstweilen noch mehr als aufgewogen durch die erfreuliche Verringerung der Sterbefälle. Deren Ursache ist in der wachsenden Fürsorge für die Volksgesundheit und für die hierauf bedacht nehmenden Einrichtungen unserer Gemeinwesen zu suchen. Wasserfürsorge, Kanalisation, Bädanlagen usw. spielen hierbei eine bedeutende Rolle. Die Zahl der unehelich Geborenen weist eine bedauerliche Steigerung auf. Sie betrug im Jahre 1912: 183 857 (177 056), im Durchschnitt des letzten Jahrzehnts 178 530, vom Hundert der Geborenen 9,55 (9,10) bzw. 8,80. Die Eheschließungen haben im letzten Jahre zugenommen. Deren Zahl betrug im Jahre 1912: 523 491 (512 819) bzw. 495 729, vom Tausend der Bevölkerung 7,91 (7,85) bzw. 7,94. Ein Vergleich mit dem letzten Jahrzehnt zeigt also im Prozentfuß eine Abnahme der Eheschließungen.

Der Wahlkampf im Reichstagswahlkreise Zerichow I und II hat begonnen. Die Wahl des sozialdemokratischen Abgeordneten Haupt ist bekanntlich für ungültig erklärt worden. Es wird einen sehr heißen Kampf geben, da die konservative Partei im Verein mit dem Bunde der Landwirte alles daran setzen wird, den an die Sozialdemokratie verloren gegangenen Wahlkreis zurückzuerobern. Die konservativen haben in dem Fabrikanten und Rittergutsbesitzer Martin Schiele in Schollehe (Kreis Zerichow II) einen sehr aussichtsreichen Kandidaten aufgestellt. Die fortschrittliche Volkspartei will für den früheren Magdeburger Abgeordneten Fleischermeister Stobelt eintreten, während die Sozialdemokratie an Haupt festhält.

Wünsche der preussischen Volksschullehrer. Für den in den Weihnachtstagen in Posen tagenden vierten Preussischen Lehrertag liegen 25 Anträge aus den verschiedensten Provinzen vor. U. a. wird man bei dem Minister vorstellig werden, daß die von den Kommunisten geforderten Lehrproben in Wegfall kommen. An geeigneter Stelle ist dahin zu wirken, daß bei Ordensauszeichnungen die Ausnahmebestellung der Volksschullehrer beseitigt und der „Adler der Inhaber des Hohenzollernschen Hausordens“ nicht mehr verliehen werde. Dem Minister wird man ferner die Bitte unterbreiten, daß dieser den Lehrern die Ausübung des Amtes als Viehzüchter verbietet. Die Ausdrücke „Elementarschule“ und „Elementarlehrer“ bittet man durch „Volksschule“ und „Volksschullehrer“ zu ersetzen.

Die Arbeiten der internationalen „Titanic“-Konferenz über Sicherheitsmaßnahmen zur See sind nach nicht zum Abschluß gelangt. Die Konferenz, die bereits am 12. v. M. ihren Anfang genommen hat, dürfte erst unmittelbar vor Weihnachten ihr Ende erreichen. Es ist jedoch auch nicht ausgeschlossen, daß das endgültige Ergebnis erst nach Neujahr festgestellt wird. Zu den hauptsächlich umstrittenen Fragen gehört dem Vernehmen nach die Einrichtung der drahtlosen Telegraphie und die Schiffszertifikate.

Reichsgesetzliche Krankenversicherung. Gerade rechtzeitig ist im Verlag des Versicherungsboten, der bekannten Zeitschrift für Arbeiterversicherung (Hr. Wittmann, Oldenburg i. O.) eine kleine Broschüre erschienen: „Wie erlangt man die Leistungen der Krankenversicherung nach der Reichsversicherungsordnung“, verfaßt von Landesrat Appellus-Düffelberg. Die Broschüre behandelt die Fragen: Worin besteht die Krankenversicherung für die Leistungen? Welches sind die Leistungen, bei welchen Kosten erfolgt die Versicherung? Besonderheiten für besondere Berufsstände (z. B. für Diensthelfer). Wie erlangt man die Krankenleistungen? Da die neue Krankenversicherung am 1. Januar 1914 in Kraft tritt, insbesondere auch die in letzter Zeit so lebhaft erörterte Diensthelferkrankenversicherung, so haben Versicherte und Arbeitgeber ein gleich großes Interesse daran, sich über die vorstehenden Fragen näher zu unterrichten.

Die Bestimmungen des Reichsgesetzes über einen einmalkalender anseherndlichen Wehrbeitrag nicht übersehen über die Höhe des Wehrbeitrags vom Vermögen und vom Einkommen. Für jedermann verständlich zusammengefaßt und an Beispielen erläutert. Verlag von Lauterbach u. Wöhrle in Berlin-Waldmannslust. Als billiges und für jeden Laien verständliches Buch von den bisher über das vorstehende Gesetz erschienenen Ausgaben ist das vorstehend beschilderte Werk gerade zur rechten Zeit auf dem Markt erschienen und hat in weiten Kreisen eine gute Aufnahme erfahren. Das vorliegende Büchlein befähigt den goldenen Mittelweg, indem es das Gesetz mit dem Kommentar verbindet und für jedermann leicht verständlich ist. Am Schluß sind übersichtliche Tabellen beigefügt.

Kirche und Bildungswesen.

Die neue Ferienordnung wird nunmehr im Zentralblatt für die Unterrichtsverwaltung zur öffentlichen Kenntnis gebracht. Sie bringt, wie schon angeführt, die schon seit Jahren geforderte Gleichlegung der Ferien aller preussischen Lehranstalten. Die Ferienordnung, die schon mit den nächsten Osterferien (April u. J.) in Kraft treten soll, bestimmt im einzelnen folgendes: In den Volks-, mittleren und höheren

Schulen (einschließlich der Lehrerbildungsanstalten) wird die Gesamtdauer der Ferien im Jahre 80 Tage betragen (wobei natürlich die in die Ferien fallenden Sonn- und Feiertage mitgerechnet sind). Der Schulunterricht fällt außerdem, wie bisher, an den anerkannten Festtagen fort; sonstige schulfreie Tage sind im allgemeinen auf die Ferien anzurechnen, in besonderen Fällen entscheidet darüber die Schulaufsichtsbehörde. Für alle Orte, an denen sich höhere Schulen, Seminare usw. befinden, hat der Oberpräsident die Lage und Dauer der einzelnen Ferienabschnitte für die ganze Provinz einheitlich festzusetzen; der auf einen Sonn- oder Feiertag folgende Wochentag soll dabei vom Unterricht freibleiben; für die übrigen Orte regelt die zuständige Regierung die Schulferien. Die Dauer der Sommer- und Herbstferien ergibt sich durch Abzug der für Ostern, Pfingsten und Weihnachten festgesetzten Ferientage von den insgesamt gewährten 80 Ferientagen; bei ihrer Verteilung soll auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bevölkerung möglichst Rücksicht genommen werden. Die Sommer- und Herbstferien können daher in ländlichen Bezirken nach wie vor verschoben geregelt werden. Sollte in Einzelfällen eine Verlängerung der Gesamtdauer gewünscht werden, so behält sich der Kultusminister darüber die Entscheidung vor.

Heer und Flotte.

Neue Luftschiffhallen. Die von der Heeresverwaltung zu erbauenden neuen Luftschiffhallen werden nicht ausschließlich nach dem neuen System der Schiffschiffhallen angelegt werden; es sollen vielmehr verschiedene Systeme in Anwendung kommen.

Schiffsbewegungen. Eingetroffen: S. M. S. „Vineia“ am 6. Dezember in Para (Nordbrasilien), S. M. S. „Tiger“ am 2. Dezember in Hochow und am 3. Dezember in Bahot, S. M. S. „Leipzig“ am 7. Dezember in Nagasaki, S. M. S. „Mits“ am 7. Dezember in Hanking, S. M. S. „Steipner“ am 6. Dezember in Kiel.

Ausland.

Frankreich.

Das Programm des neuen Kabinetts. Paris, 9. Dezember. Die neuen Minister sind gestern zu einer Besprechung zusammengetreten, in der sie das zukünftige Programm der Regierung erörtert haben. Das Kabinett wird dem Parlament erklären, daß es das Werk der Versöhnung der republikanischen Parteien durchführen, sich dabei aber ausschließlich auf die Elemente der Linken stützen wolle. In der Regierungserklärung sollen insbesondere vier Punkte berücksichtigt werden: die Laienschule, die Wahlreform, die Finanzfrage und das Dreijahresgesetz. Das Kabinett werde nachdrücklich seinen Willen dahin kundgeben, daß es die Laienschule verteidigen wolle. Es werde mit einer Senatskommission an der Wahlreform arbeiten, um einen Ausgleich zwischen den beiden Häusern des Parlamentes herbeizuführen. Dabei dürfe aber nicht verkehrt werden, daß es schwierig erscheine, in der kurzen Zeit bis zu den Wahlen ans Ziel zu kommen. Das Land selbst also werde Gelegenheit haben, sich zu der Angelegenheit zu äußern. Die Lösung der finanziellen Frage sollte Caillaux überlassen werden. — Es heißt, Caillaux halte es nicht für notwendig, sofort eine Anleihe aufzunehmen, er wolle dem Erbschaftsteuerentwurf nach den Vorschlag über eine Besteuerung des Kapitals hinzufügen, um die Ausgaben für das Meer decken zu können. Die Regierung wolle die Hauptpunkte des von der Kammer angenommenen Einkommensteuergesetzes im Senat verteidigen. Sie sei entschlossen, das Dreijahresgesetz zum Vessen der nationalen Verteidigung anzunehmen, werde es aber nicht als unabänderlich ansehen und die Hoffnung ausdrücken, daß der Lauf der Ereignisse es schließlich gestatte, dem Gesetz die notwendige Milde zu widerfahren zu lassen. — Das Unterstaatssekretariat für die schönen Künste ist Jacquier übertragen worden.

Das unsichere Schicksal der Anleihe. Paris, 9. Dezember. Der neue Finanzminister Caillaux wird dem morgigen Ministerrat eine ausführliche Darlegung der finanziellen Lage geben, doch verlautet in parlamentarischen Kreisen schon heute, daß die Möglichkeit einer Vertagung der Anleihe und deren Erziehung durch eine andere Maßnahme ins Auge gefaßt werde. Auch die von dem scheidenden Kabinett geplante Kapitalerbschaftsteuer werde vielleicht durch eine große Kapitalsteuer ersetzt werden.

Der Pariser Stadtrat gegen die Pflageorden. Paris, 8. Dezember. Der Stadtrat von Paris hat gegenüber einem Antrag, die beiden Pflageorden in den Hospitälern wieder zuzulassen, mit 39 gegen 37 Stimmen die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes beschlossen. Ein Antrag des Stadtrats Galli (lib.), grundsätzlich eine Subvention von Krankenpflegeanstalten, in welchen die Orden pflegen, in Aussicht zu nehmen, rief einen lebhaften Tumult hervor. Der Sozialist Thony Richard und der Liberale kamen ins Sandgemenge und wurden durch die anderen Stadträte getrennt. Schließlich wurde der Antrag Galli mit 41 gegen 35 Stimmen angenommen.

Rußland.

Revision der Judengesetzgebung in Rußland? Aus Petersburg wird der „R. Z. N.“ geschrieben: Die russische Regierung hat für Ende d. J. eine allrussische Rabbinerkonferenz nach Petersburg einberufen, d. h. falls es gelingt, die Vorarbeiten in den nächsten zwei Wochen abzuschließen. Sonst muß der Kongress auf Januar oder Februar nächsten Jahres verlegt werden. Das Ministerium des Innern hat den Gouverneuren Instruktionen erteilt für die Wahl von Vertretern der örtlichen Rabbiner zu dem Kongress. Das Resultat der Arbeiten dieses Kongresses soll als Material dienen bei der Revision der Gesetzgebung über das Judentum.

Die Mitglieder der mongolischen Mission dekoriert. Petersburg, 9. Dezember. Der Kaiser verlieh den Mitgliedern der mongolischen Mission folgende Aus-

zeichnungen: S. Kino Inshan den Weissen Adlerorden, dem Grafen zur Nordhöl den Goldring mit Brillanten, dem Fürsten Waiwan den Stanislausorden 1. Klasse, Tschilid Dordschij den St. Annenorden 2. Klasse, Zeitli Dschir den St. Stanislausorden 2. Klasse.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Was sollen wir uns zu Weihnachten schenken?

Es ist jetzt hastende, ruheloze Adventszeit. Der Kaufmann hat die Hochsaison im Jahr. Ihn kümmert jetzt nicht der Weihnachtszauber und die Weihnachtsstimmung. Er ist jetzt ganz Geschäftsmann; jetzt gilt's, in der mühevollen Konkurrenz sich ein goldenes Plätzchen zu sichern. Täglich bringt der Postbote Tausende von Anpreisungen von Haus zu Haus, täglich werden die Läden mit neuen Herrlichkeiten geschmückt. Wer kann alles zählen, was auf den Markt gebracht wird. Gutes und Schlechtes, Volkserziehendes und Volkserzörendes, Modernes und dann auch wieder Altherwürdiges. Wer kann alles zählen? Am schwersten hat es der Käufer. Was soll er wählen? Wo liegt das Beste für ihn und für seine Familie? Wo kauft er am preiswertesten? Es ist hastende Adventszeit. Es gibt einige, die suchen sich dem Trübel zu entziehen; sie legen dem anderen einen 10-, 20- oder, wenn es ihr Geldbeutel erlaubt, einen Hundertmarktschein auf den Tisch unter den Tannenbaum. Ist das recht? Nein, Gold ist so kalt, so lieblos. Im Geschenk aber soll sich ein Stück unserer Seele widerspiegeln, im Geschenk soll ein Stück unserer Seele Gestalt gewinnen, ein Stück vom Herzen. Also nur kein Geld unter dem Tannenbaum im Familienkreise. Etwas anderes ist es, wenn der Chef seinen Angestellten eine Geldgabe reicht; aber nicht zwischen Mann und Frau, Eltern und Kind, Hausfrau und Magd. Ein Stück Seele soll im Geschenk liegen. Dann kommt es aber auch nicht auf die Menge an. Ach, wie viele kaufen Weihnachten über ihr Vermögen! Sie kreuzen an der Krippe des Christkinds sich und ihren Angehörigen Sand in die Augen. Nur keinen falschen Schein. Dann läßt Weihnachten eher einen unangenehmen Nachgeschmack zurück als eine frohe, seltsame Erinnerung. Manche verbergen auch unter der Fülle der Gaben, wie wenig Seele, wie wenig Liebe zur Seele des anderen in ihrem Herzen ruht. Der Weihnachtstisch sei niemals lediglich ein Auszug aus dem Geschäftsbereich. Er sei vielmehr ein Strauß lieblicher Blumen, von denen jede mit Liebe und Sorgfalt von freundlicher Hand gewählt ist. Es muß etwas von dem Weihnachtsglanz des Christkinds auch auf den einfachsten Geschenken ruhen. Vor allen Dingen nicht zu viel für die Kinder. Kinder werden zu leicht Nimmersatt, namentlich in unserer Zeit. Und doch wächst die große Zufriedenheit, die wir im Leben so bitter nötig haben, nur auf dem Grunde einer frühzeitigen Erziehung zur Genügsamkeit und Bescheidenheit. Liebe Eltern, wenn ihr eure Kinder wirklich lieb habt, schenkt ihnen nicht zu viel. Und noch eins: Vagt und nicht nur immer an den Leib denken bei der Auswahl der Geschenke. Höher steht der Geist, noch höher die Seele, Gewiß, kein deutsches Weihnachtsfest ohne Pfefferkuchen und Marzipan. Aber auch kein christliches Weihnachtsfest ohne ein gutes Buch oder ein edles Bild. Hier liegt die Krone unserer Weihnachtseinkäufe. Hier zeigt sich aber auch der Meister im Einkauf. Da gilt es erst recht mit seinem Gefühl zu wählen, bald einen hellen Sonnenstrahl für ein trauriges Menschenkind, bald eine ernste Mahnung für einen jungen Sauschwanz, bald einen Fingerzeig für einen müden Wandersmann. Nur auch hier nicht einfach alles nehmen, was angeprieselt wird. Prüfet alles, und das Beste behaltet. Immer bleibt es dabei: Es muß in jedem Geschenk ein Stück Seele liegen.

Der Wehrbeitrag. Wenn jezt der deutsche Bürger angehalten wird, für den Wehrbeitrag sein mehr oder minder größeres Scherflein zu opfern, so möge er sich trösten. In den Wemohnern des alten Herzogtums Nassau findet er bereits würdige Vorgänger. Zur Verrichtung der ersten Anstrichung der neuerrichteten zweiten nassauischen Infanteriebrigade erhob bereits das Herzogtum Nassau im Jahre 1814 eine Vermögenssteuer in Höhe von 1 Prozent, nachdem eine Aufforderung zur Zeichnung von freiwilligen Beiträgen nur ein Drittel der benötigten Summe eingebracht hatte. Für die Steuer kamen nur Vermögen von mehr als 1500 Gulden in Frage, und mehr als 500 Gulden durfte die Steuer für den einzelnen Untertanen auch nicht betragen. Der nassauische Wehrbeitrag mußte in drei Raten, am 15. Juli, 15. August und 15. September 1814, bezahlt werden. Wer am ersten Zahlungstermin die ganze Steuer auf dem Akar des Vaterlandes opferte, erhielt einen „Rabat“ von 5 Prozent, wer am zweiten Termin alles bezahlte, einen solchen von 2 Prozent. Ein solcher Nachlaß, wie man ihn in Nassau gewöhnt, kann auch für den Wehrbeitrag des Jahres 1914 empfohlen werden, auch wenn nicht „gleich alles“ bezahlt wird.

Aus dem Nord- und Ostbezirk. Wie der Jahresbericht des Bezirksamtes Nord- und Ost-Wiesbaden ausführt, wurde seitens des Kreises auch im verflossenen Jahre für den Ausbau und die vollständige Durchführung der Wilhelmstraße, die Herstellung des Verbindungswegs zwischen Kapellen- und Langstraße sowie die Neuordnung und Pflasterung der Kapellenstraße und das Freihalten der Aussicht auf die Griechische Kapelle von der Langstraße aus mit allem Nachdruck eingetretten. Bezüglich der Berlinerhofstraße teilte der Magistrat mit, daß die beteiligten Dienststellen angewiesen seien, die erforderlichen Vorarbeiten durchzuführen und daß die Stadtkommission sich mit der Sache befaßt. Auf eine Anfrage des Kreises an den Magistrat, ob bei dem stattgehabten Verkauf der Griechischen Kapelle an die russische Regierung juristische Bindende Garantien dafür gegeben worden sind, daß der zur Kapelle gehörende Wald als solcher bestehen und dem Publikum wie bisher erhalten bleibt, insbesondere nicht bebaut, nicht abgesperrt und nicht eingezäunt werden darf, wurde der Bescheid, daß die russische Regierung sich im Kaufvertrag verpflichtet habe, das Grundbuch teilweise geänderte zugunsten der Stadt mit einem Bauverbot zu beauftragen; außerdem seien in diesem Vertrag Bestimmungen über die paritätische Erhaltung des Waldes enthalten, über die mit dem russischen Staatsfiskus, sobald er im Grundbuch als Eigentümer eingetragen sei, ein besonderer Vertrag abgeschlossen würde. In einer Eingabe wurde der Magistrat ersucht, für die Zukunft die Notstandsgebühren nicht für Arbeiten draußen im Walde, weit weg von der Stadt, sondern

für die vielen der Ausführung harrenden Arbeiten in der Stadt zu verwenden. — Die Geschäfte des Vereins wurden in 2 Mitgliederversammlungen und 6 Vorstandssitzungen erledigt. — Der Bericht wurde in der gestrigen Hauptversammlung im „Frankfurter Hof“ vom Schriftführer Diegelbecker E. Geiser erstattet. Stadtvorordneter Schweiguth berichtete über die Kassenverhältnisse. Das Vereinsvermögen ist auf 2412 M. angewachsen. Dem Kinderhort wurden 50 M. für die Weihnachtsbescherung überwiesen. Die ausstehenden Mitglieder des Vorstandes sind durch Zuruf wiedergewählt. Ein Schreiben des Westlichen Bezirksvereins über die mehrfach erörterten Mißstände bei den Straßenbahnhaltungen der „Süddeutschen“ fand Verlesung durch die Wahl einer Kommission (Justizrat Dr. Klinger, Fabrikant Müller-Kri und Stadtvorordneter Schweiguth), die in gemeinsamen Beratungen mit den anderen Bezirksvereinen eine Abklärung der Mängel veranlassen soll. Neben einzelnen internen Fragen des Bezirks beschäftigte sich die gut besuchte Versammlung, die an Stelle des wegen Krankheit verhinderten 1. Vorsitzenden von dem 2. Vorsitzenden Mentner D a h l e i m geleitet wurde, mit dem in der Rede des Oberbürgermeisters in der letzten Stadtvorordnetenversammlung angeknüpften Thema einer gesunden Bodenpolitik. Die Versammlung war darin einig, daß eine Revision der Lage nach dem gemeinen Wert baldmöglichst durchgeführt werden müsse und bei Wertermittlung für Steuerzweckungen der gemeine Wert nicht höher als die Feldgerichtswerte angenommen werden dürfe. Die Frage soll in Gemeinschaft mit dem „Haus- und Grundbesitzerverein“ und den übrigen Bezirksvereinen erledigt werden.

— **Versteigerung städtischer Weine.** Bei der Versteigerung der städtischen Weine wurden für je 1/2 Stüd Langelsweindberg 310 M., 290 M., 300 M. und 300 M., für 1/2 Stüd Rerobberger 400 M. und für 1/2 Stüd desgleichen 220 M. erzielt. Das sind zwar nicht gerade hohe, aber annehmbare Preise. Sie sind höher als die Weinpreise des Vorjahres.

— **Der Hochpreis** erscheint vielen Eltern als Ziel für ihre heranwachsenden Söhne. Aber seine Licht- und Schattenseiten, seine Arbeits- und Erwerbsverhältnisse sowie über die Zukunftsaussichten eines Hochs unterrichtet eine sorgfältig ausgearbeitete Broschüre „Der Hoch“, die vom Verband deutscher Höhe, G. B., in Berlin SW. 48, den Interessenten unentgeltlich zugestellt wird. Auch wird dort gebührenfreie Auskunft über die Eignung angebotener Lehrstellen erteilt.

— **Warnung vor Dieben.** Vergangenen Montag machte sich ein Mann in verschiedenen Häusern der Wallmühlstraße unter dem Vorwand zu schaffen, er hätte die Gasmeßer nachzusehen. Die telefonisch benachrichtigte Gaswerkverwaltung nahm sofort die Verfolgung des Mannes auf, leider aber ohne Erfolg. Anlässlich dieses Falles macht die Verteilungsverwaltung der städtischen Wasser- und Gaswerke wiederholt darauf aufmerksam, daß die Beauftragten der Gaswerkverwaltung Uniform tragen und außerdem eine Legitimationskarte besitzen, die sie auf Verlangen vorzuzeigen haben.

— **Personal-Nachrichten.** Die „Berliner Korrespondenz“ meldet: **Ernannt:** Regierungsrat Schwerin in Wiesbaden zum zweiten Mitglied des Bezirksausschusses in Wiesbaden am Lebensamt, Regierungsrat Dr. Gralenz in Wiesbaden zum Stellvertreter des ersten Mitgliedes des Bezirksausschusses in Wiesbaden, Regierungsrat Dr. Baum in Wiesbaden zum Stellvertreter des zweiten Mitgliedes des Bezirksausschusses in Wiesbaden, Regierungsrat Hlrici in Wiesbaden zum Stellvertreter des Regierungspräsidenten im Bezirksausschuss in Wiesbaden, abgegangen vom Postamt.

— **Tagblatt-Sammlungen.** Dem Tagblatt-Verlag gingen zu: Für die **Winternachts**: von Karl Kaiser 10 M., von Geh. Rat Dr. H. Hoffmann 5 M., von Hl. St. 4 M., von Frau Direktor W. 3 M., von Frau General v. H. 20 M., von J. E. 50 M., von G. 10 M., von Fr. v. H. 10 M., von Frau Heber Rauer W. 3 M., von Frau Gramer W. 3 M., für das **Verjüngungsbaus**: von Karl Kaiser 10 M., von Oberst E. 3 M., von Hl. St. 3 M., von Frau Direktor W. 3 M., von Frau J. E. 20 M., von G. 10 M., von Hl. St. 10 M., von Frau Fr. 10 M., für **verschämte Arme**: von Frau Heber 5 M., von J. E. 20 M., für **den Kinderhort**: von Frau Heber 5 M., von G. W. 5 M., von Oberin v. d. G. 8 M., von Frau Fr. 5 M., für **die Kinderbewahranstalt**: von Frau Heber 5 M., von G. W. 10 M., von Oberst E. 3 M., von Frau Direktor W. 3 M., von G. 10 M., für **die Wiesbadener Krippe**: von Frau Heber 5 M., von G. W. 10 M., von Frau E. W. 40 M., von J. E. 10 M., von Frau Fr. 5 M., von G. 10 M., für **Speisung bedürftiger Kinder**: von Frau Heber 5 M., von Geh. Rat Dr. H. Hoffmann 5 M., von Frau J. E. 20 M., von Frau Fr. 10 M., für **den Nass-Gesangverein**: von Frau Heber 5 M., von G. 5 M., von Karl Kaiser 5 M., für **die Schützengilde**: von G. 10 M., von Frau W. 10 M., von Hl. St. 3 M., für **die Krippel-Fürsorge**: von G. W. 10 M., von Oberst E. 3 M., von Frau General von H. 40 M., von G. 10 M., von Frau Fr. 5 M., für **den Frühklub für Schulfinder**: von G. 5 M., von G. 10 M., für **die Augenheilkunst**: von G. 10 M., von J. E. 20 M., für **Kosten für Arme**: von G. 10 M., von J. E. 20 M., von Geh. Rat Dr. H. Hoffmann 5 M., von Hl. St. 20 M., für **die Herberge zur Heimat**: von G. W. 10 M., von Karl Kaiser 5 M., von Geh. Rat Dr. H. Hoffmann 5 M., von Oberst E. 3 M., von Frau Direktor W. 3 M., von Frau Fr. 5 M., von G. 5 M., für **das Rettungsbau**: von G. W. 10 M., für **das Jubiläum**: von Frau Fr. 5 M., von Karl Kaiser 10 M., für **den deutschen Schützengilde**: von Oberst E. 3 M., für **den Tierklubverein**: von Frau E. W. 6 M., von Oberin v. d. G. 2 M.

Theater, Kunst, Vorträge.

— **Reisend-Theater.** Auf den am Donnerstag stattfindenden 3. Kammerabend, an welchem Aug. Strinberg's Drama „Der Vater“ zur Aufführung gelangt, sei nochmals aufmerksam gemacht. Die Titelfarbe spielt vor Vorhämmer als Gast-Duett und Hingierklänge haben Galtigkeit mit Nachschuß. Am Freitag wird das neue Schauspiel „Frau Trillas Antreue“ von Otto Laub wiederholt.

— **Spangenberg'sches Konfervatorium.** Das erste Festkonzert zur Feier des Jubiläums des Bestehens der Anstalt findet heute Mittwoch 7 1/2 Uhr im Saal des Kasinos statt. Das Programm bringt an größeren Nummern eine Sinfonie von Mozart mit vollständiger Orchester und den Solistchor des ersten Teiles der Schöpfung (Chor Solistenzeit und Orchester). Der Chor ist durch Herrn des Lehrerkollegiums verstärkt. Den Vokalparten der von 5 Damen gebildet wird bei Eugen Konso abgedichtet. Eine Reihe von Solistinnen für Gesang, Flöte und Klavier ergänzen das interessante Programm. Der Eintritt ist, wie bei allen Veranstaltungen des Konfervatoriums, frei.

— **Orchestersitz in der Marktkirche.** In der vorigen Woche wirkte das Solomanette bestehend aus den Damen Marie Grein-Windler, Else Koch sowie den Herren Joseph Gerhards und Albert Seibert im Mittwochs-Konzert in der Marktkirche mit. Die Vereinigung brachte zunächst das „Tuba mirum“ und „Baccara“ aus dem Requiem von Mozart zu schöner andachtsvoller Wiedergabe und ließ später den selten gebotenen und schwierigen „capella-Chor „Erhebung“ von Hugo Wolf folgen sowie das Requiemgebet von Mendelssohn und die Motette „Singet dem Herrn ein neues Lied“ von Hermann, die ebenfalls eine sorgfältige Vorbereitung verdient und mit höchstem Interesse von den zahlreichem Hörern aufgenommen

wurden. Das Quartett bewies durch seine Vorträge wiederum seine durchaus erstklassigen künstlerischen Bestrebungen. Auf der Orgel hörten wir von Herrn Peterßen die D-Koll. Fugue des Altemeiers Fugue sowie das weiche und feine Benedictus von Max Reger. — Im heutigen Orgelkonzert, welches wie stets um 6 Uhr in der Marktkirche bei freiem Eintritt stattfindet, wird nach längerer Zeit einmal wieder die beliebte Sopranistin Frau Dieter-Hüttel, Königl. Sächs. Hofopernsängerin a. D., mitwirken und Lieder und Gesänge von Otto Dorn, Albert Becker, Schubert (Die Allmacht) vortragen. Auf der Orgel wird Herr Peterßen Kompositionen von Dubois, Bossi und Guilmant vortragen.

— **Vorträge.** Am Sonntagnachmittag veranstaltete der „Verein für bildende Kunst“ gemeinsam mit „Frauenbildung-Frauenstudium“ einen Leseevening in den Räumen des Kunstsalons Wanger. Der Zweck dieses Leseevenings war, das Interesse des Publikums für die Erzeugnisse besonders weiblicher Kunstgewerbetler zu wecken. Die Ausstellung kunstgewerblicher Arbeiten, die hauptsächlich im Salon Wanger zu sehen ist, gibt auch wirklich ein erfreuliches Bild von der Befähigung der Frau im Kunstgewerbe. Das zahlreiche elegante Publikum, das sich zu dem Leseevening eingefunden hatte, war mit dem Gedankenen reichlich zufrieden. Man bewunderte die geschmackvoll ausgestellten Gegenstände, originelle Schmuckstücke, Mäntel, Handarbeiten, Kuppen, die Erwerbenden ebenso viel Freude machen wie den Kindern, Vätern, an denen der Gedanke so wertvoll wie der Inhalt war. Fr. Grenfen, eine Karlsruher Kunstgewerbetlerin, war zu einem Vortrag gewonnen worden. Sie sprach über „Die Ausbildungsmöglichkeiten der Frau im Kunstgewerbe“. Die junge Dame, die übrigens auch selbst einige sehr schöne, stilvolle Arbeiten ausgestellt hatte, gab wertvolle Aufschlüsse über die Möglichkeiten der Ausbildung, Ausstellung, Veräußerung und des Erwerbs für die Frau auf diesem Gebiet. Die Räume hätten die große Zahl der Besucher nicht auf so hohen Vermögen, hätte nicht ein Salon des Professors Gerhardsen und ein gemütliches Wiedererwartungszimmer (so war es beschildert) plauderlustigen Gruppen Gelegenheit zum Zurückziehen gegeben. Die Vereine dürfen mit dem Erfolg ihres Leseevenings zufrieden sein.

— **Im Kaufmännischen Verein** spricht heute Mittwoch, abends 9 Uhr, der stellvertretende Vorsitzende Kaufmann Emmerich Klemm über das Thema „Der Wehrbeitrag in der Praxis“. Die eingehende Behandlung dieser Frage durch einen berufenen Fachmann verspricht lehrreich und interessant zu werden, zumal Herr Klemm nicht nur ausführliche Erläuterungen über die Bedeutung des Gesetzes geben wird, sondern vielmehr an praktischen Beispielen die Bedeutung der Vorschriften feststellt bei der jetzt notwendigen Deflation des steuerpflichtigen Vermögens zeigen wird.

— **Am Donnerstag**, abends 8 1/2 Uhr, findet über: „Fragen der technischen Ausbildung und Erziehung unter Berücksichtigung der Entwicklung in den Vereinigten Staaten Amerikas“ ein Vortrag im Festsaal der „Lage Blau“ von Professor G. W. K. K. aus Berlin statt. Herr W. K. K. ist vom Verein deutscher Ingenieure nach den Vereinigten Staaten entsandt worden, um dort die wichtigsten Fragen eingehend zu studieren.

— **Kassauischer Verein für Naturkunde.** Donnerstag, den 11. d. M., abends 8 1/2 Uhr, findet die nächste wissenschaftliche Abendunterhaltung des Kassauischen Vereins für Naturkunde im Kasino Friedrichstraße statt. Vorträge werden halten Herr Dr. A. Drexler: „Neuere Beobachtungen über die Nahrung (Phyllosora vastratrix)“, Herr Sanitätsrat Dr. G. W. K. K.: „Mittelungen aus dem neuen Aquarium zu Berlin“. Gäste sind willkommen.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

— **Biebrich, 9. Dezember.** Die Speisung bedürftiger Volksschüler sowie der Besucher der Kleinkinderschule, die der Verein jetzt im 27. Jahre vornimmt, wurde nach dem Vorstandsbericht in dem Jahre 1912/13 wieder besonders stark in Anspruch genommen. Infolge des frühen Osterfestes wurde im laufenden Jahre nur an 82 Tagen Essen verabreicht, und zwar an 10 572 Volksschüler, so daß durchschnittlich täglich 129 Kinder gespeist wurden. Hier zeigt sich die eine Erscheinung, daß die Benutzung im Winter immer stärker ist. So war der Durchschnittsbesuch im Dezember 102, im Januar 138, im Februar 118 und im März 92. In der Kleinkinderschule wurden an 256 Tagen 10 618 Kinder gespeist, also durchschnittlich täglich 42. Die Kosten für die Speisung der Volksschüler betragen insgesamt 1005,00 M.; die für die Speisung der Besucher der Kleinkinderschule 420,00 M. Von ersteren wurden 39,90 M., von letzteren 83,24 M. vergütet. In diesem Jahre sind für die Speisung 306 Volksschüler angemeldet. Die kindliche Gesundheitsrichtung kennzeichnet sich dadurch, daß die Reis- und Griebsreize sehr bedroht werden, während Suppen, Fleisch und Hülsenfrüchte weniger beliebt sind.

— **Erbenheim, 8. Dezember.** Unsere Sanitätskolonne vom roten Kreuz hielt dieser Tage ihre diesjährige Generalversammlung ab. Nach den einzelnen Berichten zählt sie 16 geprüfte Leute, 2 in Ausbildung bei 3 Reservisten. In 46 Fällen wurde die Kolonne zur ersten Hilfeleistung herangezogen; ausgeschrieben sind hierbei die Unfälle bei den Rennen und an den Hiebertagen. Der Kassenüberschuss beträgt 80 M., das Inventarvermögen an Uniformen und Ausstattungsgegenständen 21 M. Die in den hiesigen Gortshöfen ausgehängten Sammelbüchsen ergaben den Ertrag von 15,31 M. Die theoretische Ausbildung der Kolonne liegt in den Händen des Stabsarztes h. V. Dr. G. Gelberstein. Der Vorstand setzt sich folgendermaßen zusammen: Kolonnenführer Wilhelm Stöner, Stellvertreter August Köhler, Kassierer Heinrich Baum, Schriftführer Ridel Schmittsch und Gemeindevorstand Wilhelm Hüser. Ferien finden die Abendsstunden in dem Rechenhause der alten Schule in der Frankfurter Straße statt; am Dienstag, den 9. d. M., beginnt ein neuer Kursus.

Kassanische Nachrichten.

— **Ordensverleihungen.** Polizeiwachtmeister Krämer zu Dillenburg und Vorarbeiter Schacht zu Sosenheim im Kreise Höchst erhielten das Allgemeine Ehrenzeichen.

— **Kassatten, 8. Dezember.** Apotheker Dr. F. Ring verkaufte die Amtsapothek Kassatten an Apotheker Sarader aus Beverstedt in Hannover.

— **S. Großstein, 8. Dezember.** Unser Bürgermeister Kempf, der seit 1872 an der Spitze unserer Gemeinde gestanden hat, tritt mit dem 1. Januar von seinem Amt zurück. Kempf verwalte gleichzeitig die Bezirksknappschaftskasse und ist Verwalter der Glube „Victoria“. Die Gemeinde hat seinen Sohn, W. S. Kempf, zum Bürgermeister gewählt, der auch bereits bestätigt ist.

— **v. Vom Oberwesterwald, 9. Dezember.** Zurzeit werden auf dem Oberwesterwald Christbaumchen für das bevorstehende Weihnachtsfest zum Verkauf gebracht. Der Preis der Bäumchen stellt sich je nach Qualität auf 30 Pf. bis 1 M. — Seit Freitag sind die Höhen des Westerwalds mit Schnee bedeckt. Auch ist Frost eingetreten.

Aus der Umgebung.

— **Arbeitslosigkeit und Arbeiterversorgung.** 6. Mainz, 8. Dezember. Die Provinzialdirektion von Rheinhessen hatte bei der hiesigen Handelskammer am 2. Oktober wegen der Bedeutung und dem Umfang der Arbeitslosigkeit im Handelskammerbezirk angefragt. Die Handelskammer schloß ihre Erhebungen über den Umfang der Arbeitslosigkeit dahin zusammen, daß zwar das Erwerbsleben,

namentlich unter dem Einfluß der darniederliegenden Bau-tätigkeit, in gewissem Umfang in Mainz und Umgebung sich zum Teil in ungünstiger Lage befindet, daß aber Arbeiterversorgungsmaßnahmen in erheblichem Maße in letzter Zeit nicht stattgefunden haben und voranschreitend auch nicht stattfinden werden, und daß in einzelnen Industrien und Betrieben sogar gute Beschäftigung vorhanden ist. (Eine Mainzer Firma verweist auf den Bau der Rheinbrücke bei Radesheim, wo noch Hunderte von Arbeitern Beschäftigung finden können.) Von einem besonderen Mangel in diesem Winter kann daher in bezug auf Arbeiterbeschäftigung nicht gesprochen werden. Auch über die Maßnahmen, die von anderer Seite getroffen werden könnten, hat die Handelskammer die Firmen befragt. Die meisten Firmen haben hauptsächlich auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Arbeiten von Staat und Kommunen tunlichst auf diejenige Zeit zu verlegen, in welcher die privaten Aufträge nachlassen. Mit großer Entschiedenheit sprechen sich viele Firmen gegen die etwaige Einführung einer Arbeitslosenversicherung aus. Bei der großen Schwierigkeit, objektive die unrentable Arbeitslosigkeit von der Arbeitslosen zu unterscheiden, werde eine solche Versicherung dazu führen, das Verantwortlichkeitsgefühl zu schwächen und der Demoralisierung Vorschub zu leisten. Die wenigen Firmen, die der Arbeitslosenversicherung freundlich gegenüberstehen, betonen fast ausnahmslos, daß zu einer solchen Versicherung auf keinen Fall die Arbeitgeber herangezogen werden dürfen.

Bei Weihnachtsarbeiten tödlich verunglückt.

— **vb. Siegen, 9. Dezember.** Bei ihren Weihnachtsarbeiten verunglückte gestern abend das Hausmädchen Christine Gerben, indem es eine Lampe umstieß. Das Mädchen erlitt dabei so schwere Brandwunden, daß es zwei Stunden später seinen Verletzungen erlag.

— **6. Mainz, 8. Dezember.** Die Stadtvorordnetenwahl in Mainz ist beim Kreisaustrich auf ihre Gültigkeit angefochten worden. Während der Fählung der Stimmzettel am zweiten Tag ist es vorgekommen, daß eine Anzahl der Wähler von verschiedenen Tischen nach Hause gingen und den Sekretär allein mit der Fählung der Stimmzettel zurückließen. Da hier ein grober Verstoß gegen die Wahlordnung vorliegt, dürfte die Wahl für ungültig erklärt werden. — Das vom Journalisten- und Schriftstellerverein in Gemeinschaft mit dem Krippenverein in der Stadthalle am Samstag und Sonntag veranstaltete St. Nikolausfest hat einen durchschlagenden Erfolg zu verzeichnen. Für Blumen wurden am Samstagabend allein 1000 M. eingenommen, im ganzen brachten die gesamten Verkäufe, alles Geschenke, etwa 5000 M. ein. Hinzukommen die Eintrittskarten, so daß die Gesamteinnahmen sich auf ungefähr 10 000 M. stellen werden. Der Überschuss geht je zur Hälfte an den Journalisten- und Schriftstellerverein und an den Krippenverein.

— **X. Geddesheim, 8. Dezember.** Die Verführung, daß der 30jährige Winger Schwin von hier den Tod im Rhein gesucht und seine beiden Kinder im Alter von 8 und 7 Jahren mit in die Fluten gerissen habe, scheint jetzt leider festzustehen, denn trotz der eingehendsten Nachforschungen konnte bislang von den nunmehr 8 Tage Verstrichenen keine Spur entdeckt werden.

— **h. Frankfurt a. M., 9. Dezember.** Die 60jährige Tochter des Anwalts Salmer in der Friedberger Landstraße wurde beim Spielen von Herdfeuer ergriffen und erlitt so schwere Brandwunden, daß das Kind nach wenigen Augenblicken verstarb. — In der Ecke der Elbstraße und Kaiserstraße wurde der Kaufmann Dams aus der Schumannstraße von einem Straßendiebstahl überfahren und schwer verletzt.

— **S. Altenkirchen (Westerwald), 8. Dezember.** Von hier kann ein harter Fall der Schweinepreise gemeldet werden. Die Metzger wollen nur noch 68 bis 67 Pf. für das Pfund Schlachtgewicht zahlen mit 25 Prozent Abschlag bei Lebendgewicht. Auch in Hachenburg sind die Schweinefleisch- und Wurstpreise zurückgegangen. Der Verkaufspreis für Schweinefleisch beträgt 90 Pf., für Fleischwurst und Schwarzenmaggen 80 Pf., bisher kosteten Fleisch und Wurst 1 M. Bei den niedrigen Schweinepreisen schlachten die Landleute vielfach selbst und verkaufen pfundweise im eigenen Dorf.

— **Ms. Kassel, 8. Dezember.** Der Regimentsadjutant des Infanterie-Regiments v. Wittich (3. Kurhess.) Nr. 83 Oberleutnant W. K. ist auf einem Ausritt von dem durch einen klaffenden Hund schengetwordenen Pferd gestürzt und hat bei dem Aufschlagen auf das Straßenpflaster einen Schädelbruch und eine schwere Gehirnerschütterung erlitten. Er wurde im betäubten Zustand in das Garnisonlazarett übergeführt.

Gerichtssaal.

— **we. Der Eisenbahnzusammenstoß in Erbenheim.** Am 6. Oktober, nachmittags gegen 6 Uhr, fuhr auf Station Erbenheim ein von Niederrhausen kommender, mit zwei Lokomotiven bespannter Personenzug auf einen kurz vorher von Wiesbaden eingetroffenen im Geleise stehenden Zug auf. Dadurch, daß das Personal des ankommenden Zuges aus ganzer Kraft bemüht wurde, die Macht des Anpralls etwas gemildert, immerhin verursachte der Zusammenstoß einen Materialschaden in Höhe von 600 bis 800 M. und nicht weniger als 28 Personen, durchweg Passagiere aus dem von Niederrhausen kommenden Zug, haben aus dem Zusammenstoß bei der Bahnerhaltung Verletzungen an gemeldet, welche sie davongetragen haben wollen. Tatsächlich ist einer Frau das Nasenbein zertrümmert, ein Mann erlitt eine starke Quetschung des Unterleibs, im übrigen aber handelt es sich in der Hauptsache um Verwundungen leichter Art, welche heute wieder beseitigt sein dürften, wenigstens befaßt sich bis heute die Zahl der gegen die Bahn angestrenzten Zivilprozesse wegen Schadenersatzleistung auf nicht mehr als drei. Die Schuld an dem Zusammenstoß wird zwei Bahnbeamten zugeschoben, dem Unterassistenten D a u h a n n in Wiesbaden, welcher damals erst seit 6 Tagen auf der Station Erbenheim Dienst tat, und dem Heizer Seil, der an dem betreffenden Tage einen Arbeitszug gefahren und auf Befehl in Kuringen die von ihm geführte Maschine dem Personenzug vorgefetzt hatte. Beide hatten sich gestern vor der Wiesbadener Strafkammer wegen fahrlässiger Gefährdung eines Eisenbahntransportes unter Ankerhaftung der besonderen, durch ihren Dienst bedingten Aufmerksamkeit zu verantworten. Daheim wurde zu 300 M. Geldstrafe verurteilt, Seil dagegen wurde mangels Beweis freigesprochen.

— **we. Kirchliche Praktiken beim Viehhandel.** Der Viehhändler Leo Landau aus Wiesbaden hat eines Tages einem hiesigen Gärtner eine Ziege als Trödel zu einem ziemlich hohen Preis verkauft, von der sich später ergab, daß sie durch eine zielbewusste Fütterung in eine Verfassung gebracht

worben war, welche sie dem Nichtkennner als trüchtig erscheinen ließ. Vom Schöffengericht war er von der Anklage des Betrugs freigesprochen worden. Die Strafkammer verurteilte ihn zu 2 Wochen Gefängnis auf Grund des Gutachtens eines Sachverständigen, daß jeder Viehhändler den tatsächlichen Zustand der Tiere habe erkennen müssen.

Zum Kiewer Ritualmordprozeß.

hd. Petersburg, 9. Dezember. Gestern ist die zweiwöchige Frist seit Verkündung des Urteils im Ritualmordprozeß abgelaufen. Da weder die Anklagebehörde noch die Verteidigung Berufung eingelegt hat, wird das Urteil heute rechtskräftig.

Sport und Spiel.

Pferderennen.

* Anteuil, 9. Dezember. Prix de la Vierge 3000 Franken. 1. M. Fortes Chloral (Vates), 2. Nairo, 3. Alexandrie, 10:10; 18. 14. 24:10. — Prix du Bois 4000 Franken. 1. G. Praguesac (Garnier) (Kawers), 2. Minam, 3. Nicols, 6:10; 28. 123. 144:10. — Prix du Parc 10 000 Franken. 1. A. Brates Epiphane (Lancaster), 2. Deon Ribage 2, 3. Drou, 60:10; 26. 107. 41:10. — Prix du Belvedere, 4000 Franken. 1. S. Rigault Sainte Freba (Umbauer), 2. Cornelia, 3. Siffreffe, 28:10; 19. 29:10. — Prix du Verticaux, 5000 Franken. 1. B. Brats Brittan (Graham), 2. Orlain, 3. Voladeur 2, 172:10; 46. 29:10. — Prix de la Seine 4000 Franken. 1. E. Sardorins La Topaze (Umbauer), 2. La Villeterre, 3. Geganit Ivoire, 18:10; 15. 17:10.

* Aus dem Mittel-Taunus-Gau. In Erbenheim hielt der Gaurturnwart Lehrer Fritz Ott-Vermbach die 3. Gaurturnerturnier des „Mittel-Taunus-Gaus“ im Saalbau „Zum Frankfurter Hof“ ab. 41 Vereine hatten 89 Turnwart und Gaurturner entsandt. Geübte wurden Ordnung-, Gewandheits-, Red-, Barren- und Pferdübungen. Während der Besprechung beschloß man, dem nächsten Gaurturntag den Vorschlag zu machen, den selbigen zweiten Gaurturnwart Karl Köhler (Vierstadt) als solchen wiederzuwählen. Als Bezirksturnwart wurden wiedergewählt für den ersten Bezirk Adolf Christ (Nidtein) und Hermann Baum (Wörthorf); für den zweiten Bezirk Otto Grosardt (Epplein) und Joseph Nidstein (Oberjochbach); für den dritten Bezirk August Stred (Nambach) und Philipp Kahl (Hefloch) und für den vierten Bezirk Karl Köhler (Vierstadt) und Karl Krug (Erbenheim). Gaurturner Lehrer Dienstbach (Erbenheim) gab Winke und Ratschläge in bezug auf die am 1. Januar 1914 stattfindende Weltandserhebung.

wb. London, 9. Dezember. Im gestrigen Vorkampfbewerbe zwischen Wells und Carpenter, wobei nach 78 Sekunden Wells geschlagen wurde, nahm das Publikum gegen diesen eine feindliche Haltung an, weil er nicht ein einziges Mal zum Angriff übergegangen war.

Neues aus aller Welt.

Selbstmord eines Verlegers. Bald bei Solingen, 8. Dezember. Der Buchdruckerbesitzer und Verleger des „Walden Tagblatts“ Emil Vossen hat sich in der Nacht vom Freitag zum Samstag im Benrather Schloßschloß ertränkt. Die Ursachen des Selbstmordes sind in geschäftlichen Schwierigkeiten zu suchen.

Zwei Einbrecher ausgebrochen. Andernach, 8. Dezbr. Zwei Einbrecher, die hier nach einem Einbruch in einem Warenhaus unter großen Schwierigkeiten festgenommen worden waren, sind aus dem Amtsgerichtsgefängnis ausgebrochen.

Ein Liebesdrama. Chemnitz, 9. Dezember. Spaziergänger fanden gestern nachmittags im Feistwald bei Chemnitz die 10jährige Marie Krebs, die sich in furchtbaren Schmerzen wand. 500 Meter von ihr lag der 19jährige Kaufmann Fritz Klingler tot am Boden. Die beiden hatten aus Liebeskummer Kleefalz genommen. Das Mädchen wurde in hoffnungslosem Zustande ins Krankenhaus gebracht.

Zuwelendiebstahl in London. London, 8. Dezember. In der letzten Nacht drangen Diebe in ein Londoner Schmuckwarengeschäft und stahlen eine große Anzahl Wertgegenstände. Es gelang ihnen jedoch nicht, den Geldschrank zu erschließen. Bis jetzt hat man von den Dieben keine Spur.

Wellenbrüche und Schneestürme in Südfrankreich. Paris, 8. Dezember. Wellenbrüchartige Regengüsse und heftige Schneestürme sind in ganz Südfrankreich niedergegangen und haben ein weiteres Steigen der Rhône und Saone zur Folge gehabt. Besonders in der Gegend von Lyon ist die Situation besorgniserregend. Mehrere Dörfer sind eingeschneit und die Eisenbahnverbindungen zwischen Arles, Vains und Chambéry sowie zwischen dem Süden und Paris sind unterbrochen. Während des ganzen gestrigen Nachmittags sind Arbeiterkolonnen mit den Aufräumungsarbeiten beschäftigt gewesen, ohne indessen großen Erfolg zu haben, da die freigelegten Straßen bald wieder zugesneit waren. In Chambéry mußten die elektrischen Straßenbahnen den Betrieb einstellen.

Die Massen-Dynamit-Verbrechen in America. New York, 8. Dezember. Ein Verbrecher namens George Davids, der durch eine Reihe von Dynamitverbrechen eine traurige Berühmtheit erlangt hat, hat vor dem Geschworenengericht in Minneapolis ein Geständnis abgelegt, aus dem hervorgeht, daß er von einer Geheimgesellschaft damit beauftragt worden war, Bauten, die nicht von syndikalistischen Arbeitern errichtet worden waren, mittels Dynamit zu zerstören. Davids erklärte, daß er 7 Brücken, eine Eisenbahnüberführung und 47 andere Bauten in die Luft gesprengt hat. Für seine Tätigkeit hat er nur verhältnismäßig geringe Summen erhalten, die zwischen 20 und 100 M. schwanken. Das Geständnis Davids hat ungeheure Aufregung hervorgerufen.

Ein Selbstmord. Paris, 9. Dezember. Ein Oberbuchhalter und Kassierer, ein Mann von 46 Jahren und Vater dreier Kinder, hat sich in einem Hotel mit seiner Freundin, einer von ihrem Gatten getrennt lebenden Frau, vergiftet.

Durch Duffschläge getötet. Rosen, 9. Dezember. In Sobotta im Kreis Gleichen wurde der Gendarmerteilnehmer Wilhelm Bietzel beim Betreten des Festsaales durch einen Duffschlag seines Vierdes lebensgefährlich verletzt. Seine ihm zu Hilfe eilende Frau erlitt gleichfalls einen Duffschlag gegen den Kopf, so daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Wälder Tod. Brühl, 9. Dezember. Auf tragische Weise ist hier der liberale Abgeordnete Graf gestorben. Er präsierte einer Versammlung die Protest gegen das liberale Schulgesetz einlegen sollte. Während der Sitzung brach er plötzlich von einem Herzschlage getroffen, zusammen und starb bald darauf.

Randmorde. Besbi (Schweden), 9. Dezember. Hier wurden zwei umherziehende Russen verhaftet, die eingebunden haben sollen, den Arbeiter Solbergson ermordet zu

haben, um ihn zu berauben. — Bromberg, 9. Dezember. Drei umherziehende Schürmüder ermordeten und beraubten in Groß-Solonia eine im gleichen Gasthaus übernachtende Frau; die Täter sind verhaftet.

Deutscher Reichstag.

Zwei Kanzlerreden.

Berlin, 9. Dezember. (Eigener Bericht des „Wiesbadener Tagblatts“.) Die heutigen Verhandlungen verliefen längst nicht mit der Spannung und inneren Erregung wie bei der neulichen Zobern-Interpellation; man kann sagen, daß die Debatte über die äußere Politik verhältnismäßig recht uninteressant verlief. Der Reichskanzler tat das Beste, was er in seiner Lage tun konnte, er tat zunächst so, als wenn nichts gesehen wäre und das Mißtrauensvotum eine verhältnismäßig gleichgültige Sache sei. Er ging mit seiner ersten Rede darauf gar nicht ein, sondern behandelte die Frage der äußeren Politik und auch dabei hat er allgemein nur das zusammengetragen, was schon ungefähr bekannt war. Besonders gespannt war man, etwas über den Stand des deutsch-englischen Abkommens über die Bagdadbahn und über Afrika zu erfahren. Der Reichskanzler erklärte aber, daß er sich über Einzelheiten nicht verbreiten könne, weil die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen seien. Nur konnte man erstaunt hören, daß die Verhandlungen mit Frankreich über Kleinasien wenig vom Fleck gekommen sind. Die Rede wurde anfangs verhältnismäßig untreulich aufgenommen, weil man noch unter dem Eindruck des Mißtrauensvotums stand, aber zum Schluß erhielt der Kanzler doch etwas Beifall von der rechten Seite. Die Rede des Abgeordneten Scheidemann war ziemlich wirksam; er sprach langsam und wichtig, aber ohne besondere Übertreibungen. Natürlich bildete das Mißtrauensvotum den Mittelpunkt seiner Darlegungen. Er verlangte von dem Kanzler, daß er die richtige Konsequenz daraus ziehe, und lezte den bürgerlichen Parteien nahe, den Etat abzulehnen, fand aber damit keine Zustimmung. Der Kanzler wies dann in einer zweiten Rede die Zumutung, das Mißtrauensvotum tragisch zu nehmen, zurück. Und er verwies dabei auch auf frühere sozialdemokratische Äußerungen, daß die Kundgebungen im Anschluß an eine Interpellation nicht weiter von grundlegender Bedeutung seien. Die Rede des Abgeordneten Dr. Spahn, die sodann folgte, war wenig verständlich. Er sprach sehr breit und ausführlich, aber man merkte sehr bald, daß das Zentrum mit dem Kanzler keinen Frieden machen will und unsicher über das Mißtrauensvotum hinwegkommen dürfte. Der nationalliberale Führer Wassermann sprach mit ungemessener Ausführlichkeit und verbreitete sich über alle Fragen der auswärtigen Politik. Im einzelnen betonte er, daß die deutschen Interessen mit größtem Nachdruck von der Diplomatie wahrgenommen werden müßten; besonders sprach er die Erwartung aus, daß diesmal bei den deutsch-englischen Verhandlungen etwas Erledigtes für Deutschland herauskäme. Bemerkenswert war, daß Wassermann bei der Umschau über die innere Politik bezüglich der Stellung seiner Fraktion zum Arbeitswilligenschuß gewissermaßen einen Rückzug antrat; er ging längst nicht so weit als der Hansbänder in seiner Kundgebung, sondern wollte die Wiesbadener Resolution nur dahin ausdeuten lassen, daß das Material zur Prüfung gesammelt werden sollte. Zum Schluß kam er endlich den Erwartungen des Hauses nach, um mit einigen kurzen Worten das Mißtrauensvotum für den Reichskanzler zu erörtern, das auch er verhältnismäßig harmlos auslegte. Er hatte zwar einige tadelnde Bemerkungen für das Verhalten v. Bethmann-Hollwegs, aber eine scharfe Stellungnahme, wie bei der Zoberner Interpellation vermied er geflissentlich und man hatte das Gefühl, daß der Reichskanzler sehr bald bei den Nationalliberalen wieder den Anschluß finden dürfte.

Sitzungsbericht.

Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“.
Berlin, 9. Dezember.
Am Bundesratssitzung Reichskanzler Dr. v. Bethmann-Hollweg, Staatssekretäre v. Jagow, Kräfte, v. Tirpitz, Dr. Delbrück, Dr. Lieser, Dr. Solf, Kriegsminister v. Falkenhahn, Unterstaatssekretär Wahnische und Kommissare, Haus und Tribunen sind stark besetzt.
Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 2.05 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen zunächst kurze Anträge. Abg. Dr. Wassermann (natl.) fragt nach den Maßnahmen zur Sicherung der arabischen und syrischen Petroleumversorgung für die deutsche Marine.
England habe große Petroleumkonzessionen von der Türkei erhalten.
Staatssekretär v. Jagow: Die in der Anfrage erwähnten Pressemeldungen über englische monopolartige Bestrebungen sind auch mir bekannt; die Meldungen sind aber nach meinen Informationen in dieser Form unzutreffend, dagegen kann ich mitteilen, daß schon seit längerer Zeit zwischen einer deutschen und englischen Interessengruppe Verhandlungen mit der Türkei bestanden zur Erwerbung deutscher Petroleumkonzessionen. Einzelheiten kann ich darüber noch nicht mitteilen, doch wird die kaiserliche Regierung der Frage weiter ihre Aufmerksamkeit widmen und alles tun, um die deutschen Interessen zu sichern.
Abg. Dr. Wassermann fragt: Kann der Herr Reichskanzler Auskunft geben, ob bei dem Abkommen zwischen Rußland und China vom 5. November 1913, durch welches einerseits die Souveränität Chinas über die äußere Mongolei, andererseits die Autonomie der letzteren anerkannt wurde, die dem Deutschen Reich kraft Vertrages mit China von 1861 zustehende Mißbegünstigung gewahrt ist?
Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Jagow: Die kaiserliche Regierung hat vor kurzem bereits Anlaß gehabt der russischen Regierung zum Ausdruck zu bringen, daß sie, als Anhängerin der Förderung des Prinzips der Gleichberechtigung für den Handel und die Stellung der Angehörigen aller

Nationen in China zwar nicht in der Lage sei, allgemeine Sonderrechte einer anderen Macht in bestimmten Teilen des chinesischen Reichs einzuräumen, daß sie aber in Anbetracht der besonderen Lage Rußlands als Grenzstaat von China bereit ist, Sonderrechte Rußlands anzuerkennen, die sich auf besondere Verträge und Abmachungen zwischen Rußland und der chinesischen Zentralregierung begründen insoweit diese Verträge und Abmachungen amtlich mitgeteilt sind und insoweit die aus ihnen hergeleiteten Rechte nicht dem Grundsatz der Gleichberechtigung widersprechen. (Bravo links.)
Abg. Gunter (fortsch. Vpl.) fragt: Ist es richtig, daß von der Reichsregierung eine

Änderung des § 33 der Reichsgewerbeordnung in Aussicht genommen ist? Wenn ja, ist der Herr Reichskanzler bereit, bei einer Neuregelung bzw. Änderung dieser in das Gastwirtsgewerbe tief einschneidenden Materie vor Einbringung der Vorlage Vertreter dieses Gewerbes gutachtlich zu hören, ebenso wie dies bei der Handwerker-Gesetzgebung als selbstverständlich stets geschehen ist?
Direktor im Reichsamt des Innern Dr. Caspar: Ein Entwurf zur Änderung des § 33 der Reichsgewerbeordnung wird im Reichsamt des Innern ausgearbeitet und liegt zur kommissarischen Beratung vor. Bei der jetzigen Lage der Dinge ist eine Mitteilung noch nicht möglich.

Abg. Dr. Blankenhorn (natl.) fragt: Gedenkt der Herr Reichskanzler die nach der Erklärung vom 10. Juni 1913 in Erwägung gezogenen besonderen Maßnahmen nunmehr zu ergreifen, um der immer mehr überhand nehmenden

Fabrikation von Ralkwein, welche eine täuschende Nachahmung der Kleintraubenweine sind, entgegenzutreten und dadurch den Weinbau, den Weinhandel und auch den Konsumenten zu schützen?

Direktor im Reichsamt des Innern von Jonquieres: Es sind Erhebungen darüber eingeleitet, auch die Fabrikation von Ralkwein in Abereinstimmung zu bringen zu § 10 des Weingesetzes, damit dem Mißstand entgegengetreten werden kann, daß Traubenweine nachgemacht werden. Eine entsprechende Vorlage wird dem Bundesrat in der nächsten Zeit zugehen, übrigens ist die Polizei schon jetzt in der Lage, Übertretungen zu verhaften auf Grund der Rechtsprechung des Reichsgerichts.

Abg. Wurm (Soz.) fragt: Ist der Herr Reichskanzler bereit, dem Reichstag einen Gesehentwurf vorzulegen, durch den das Geseh über die vorübergehenden

Verleicherungen bei der Fleisch-einfuhr vom 13. Februar 1913, das mit dem 31. März 1914 abläuft, über diesen Termin hinaus verlängert wird?

Direktor im Reichsamt des Innern Müller: Der Herr Reichskanzler hat nicht die Absicht, den Verbündeten Regierungen einen solchen Gesehentwurf vorzuschlagen. (Beifall rechts.)

Darauf wird die Generaldiskussion über den

Etat

fortgesetzt.

Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg:

Der Kanzler betonte in seiner (zum Teil schon in der gestrigen Abend-Ausgabe gemeldeten) Rede über die auswärtige Politik: Der Umstand, daß Österreich-Ungarn vielleicht anfangs, Erwägungen darüber anzustellen, ob die Revision des Bukarester Vertrags zweckmäßig sei, hat eine Feltung in Teilen der Öffentlichkeit die Ansicht entstehen lassen, daß diese Meinungsverschiedenheiten unser Bundesverhältnis ungünstig beeinflussen. Ich kann diese Annahme mit Entschiedenheit zurückweisen (Beifall), und dabei auf die Erklärungen Bezug nehmen, die der österreichisch-ungarische Minister des Außern Graf Verdtold in den Delegationen abgegeben hat. Meine Herren! Unser Bundesverhältnis ist in den großen Lebensinteressen beider Reiche viel zu unerschütterlich begründet, als daß es durch etwaige Meinungsverschiedenheiten in einem Inzidenzpunkt des Balkanproblems, an dem Österreich-Ungarn viel näher interessiert ist als wir, irgendwie getrübt werden könnte. (Sehr richtig! Bravo!)

Das feste Zusammenhalten der im Dreibund vereinigten Mächte hat sich im ganzen bisherigen Verlauf der Balkankrise so stark bewährt wie wohl niemals zuvor,

(Sehr richtig! rechts.), ohne dabei die gemeinschaftliche Arbeit der Großmächte in Frage zu stellen. In der Frage, wie sich Europa gegenüber der Zukunft der Türkei verhalten soll, glaube ich eine erfreuliche Übereinstimmung zwischen allen Großmächten feststellen zu können. Der Dreibund hat nach dem Abschluß der bosnischen und der tripolitanischen Frage ein eigenes Interesse an der Erhaltung und der inneren Festigung des türkischen Reiches. Die Einheitspolitik in allen hiermit zusammenhängenden Fragen ist bei dem Gebanenaustausch mit dem Herrn Minister des Außern Marquis di San Giuliano gelegentlich der deutsch-italienischen Monarchenbegegnung in Wien anfangs Juli d. J. erneut bekräftigt und bei passenden Gelegenheiten zur Geltung gebracht worden. Wir begegnen uns aber in dieser Rücksicht auf die fernere Entwicklung der Türkei desgleichen mit England und den Mächten des Zweibundes. Schon in den programmatischen Erklärungen, worin am 12. August d. J. Sir Edward Grey bei Schluß des Parlamentes die Stellung der britischen Regierung zu den Orientfragen vor dem Unterhaus kennzeichnete, fand

eine Gleichartigkeit in den Grundgedanken der deutschen und englischen Politik

rücksichtlich der weiteren Behandlung der Türkei öffentlich Ausdruck: Erhaltung des türkischen Ansehens und der Unverschrtheit des türkischen Gebiets in Asien und in europäischem Besitz auf der Grundlage innerer Reformen. Der englische Premierminister Asquith hat dann in seiner Rede auf dem Bankett der Londoner Silden am 10. November den Wunsch Englands für die asiatische Türkei nochmals mit Bestimmtheit dahin umschrieben, daß die Sicherung ihres Besitzes auf der Basis innerer Reformen angestrebt sei, ohne Einmischung Europas, aber unter Mithilfe der an der Entwicklung Kleinasiens interessierten Mächte. Dieses Programm deckt sich mit unseren Anschauungen. Auch aus den Unterredungen, die ich mit dem russischen Minister des Außern Herrn Sazonow und dem russischen Ministerpräsidenten Herrn Kowzow während der willkommenen Besuche beider Herren in Berlin gehabt habe, konnte ich entnehmen, daß Rußland den Gedanken an territoriale Erweiterungen in Kleinasien von sich weist

und sein Bestreben übereinstimmend mit uns auf eine im Interesse der Türkei selbst liegende und von ihr grundsätzlich als notwendig erkannte Besserung der Verhältnisse in Kleinasien richtet. Endlich habe ich geglaubt, aus dem Gang der Dinge entnehmen zu können, daß die französische

Politik mit Beziehung auf ihr Verhältnis zur Türkei von einem konservativen Grundzug erfüllt ist. Bei dieser allseitig vorherrschenden Zurückhaltung dürfen wir also annehmen, daß politische Streitigkeiten wegen der Zukunft der Türkei unter den europäischen Großmächten für absehbare Zeit nicht bevorstehen. Es bleibt der besonders in Kleinasien lebhaft wirtschaftliche Wettbewerb der einzelnen Länder. Meine Herren! Da beanspruchen die großen wirtschaftlichen Interessen, die wir in Kleinasien, insbesondere im Hinblick auf das Unternehmen der Bagdadbahn, zu vertreten haben, unsere ganze Aufmerksamkeit. Schon im letzten Seziessionsabschnitt haben wir Ihnen im Anschluß an Erklärungen der englischen Regierung davon Mitteilung gemacht, daß wir mit der englischen und der französischen Regierung in Verhandlungen einsetzten sind, die den Zweck haben, Abreden auf wirtschaftlichem Gebiet vorzubringen, und die Durchführung des Unternehmens finanziell und politisch ein für allemal sicherzustellen. Während die Verhandlungen mit England schon weit vorgeschritten sind, befinden sich die mit Frankreich noch in den ersten Anfangsstadien. Wie schon gesagt,

die in so erfreulicher Weise fortschreitende Besserung zu England hat es ermöglicht, in freimütigen Meinungs- austausch an eine Lösung des Bagdadbahnproblems heranzutreten.

Da die Verhandlungen gleichzeitig dazu abgeleitet waren, die Beziehungen beider Länder dauernd wieder in die ruhigen Bahnen zurückzuführen, die sie zeitweise zu verlassen gedroht hatten, haben wir weiterhin Verhandlungen mit der englischen Regierung eingeleitet, um der Möglichkeit von Gegenläufigen wirtschaftlicher Natur in afrikanischen Gebietsteilen vorzubeugen, ohne Beeinträchtigung der Rechte dritter. Ich will das scharf unterstreichen. Arbeiten wir auf einen billigen Ausgleich der Interessen beider Teile hin, von einer einseitigen Vergünstigung Deutschlands ist dabei keine Rede (Bravo!), ebensowenig wie die Presse behauptet hat, von Kompensationen, die in Vorderasien für Erlangung von Vorteilen in Zentralafrika oder umgekehrt gemacht werden könnten. Ich muß mich für heute auf diese Andeutungen beschränken, da die Verhandlungen noch im Gange sind. Hinzufügen möchte ich nur, daß wir Grund zur Annahme haben, das Ergebnis der Verhandlungen werde, wenn sie von beiden Regierungen erfolgreich abgeschlossen werden, in Deutschland und England als eine annehmbare Lösung möglicher Gegensätze betrachtet werden.

Ich hoffe, daß alsdann das Vertrauen, das unsere gegenwärtigen Beziehungen zur englischen Regierung kennzeichnet, auch auf diejenigen Kreise in beiden Ländern übergehen wird, die der Wiederannäherung der beiden stammverwandten Völker einzuweisen noch mit einer gewissen Skepsis gegenüberstehen.

Lassen wir, meine Herren, das Vergangene ruhen und arbeiten wir zusehends weiter auf der Grundlage, die die Gegenwart uns bietet. (Bravo!) Ich habe mir erlaubt, die Erörterung der auswärtigen Politik unter Hervorhebung derjenigen Momente einzuleiten, die mir für den Augenblick als die wichtigsten erscheinen. Wenn wohl mancher von Ihnen den Wunsch hat, ich hätte über einzelne Punkte ausführlicher sprechen mögen, so verstehe ich diesen Wunsch; ich würde ihn gern erfüllen haben, ich kann aber über Angelegenheiten mit internationalen Zusammenhängen und über Fragen der auswärtigen Politik, die noch nicht völlig abgeschlossen sind, nicht so mittelmäßig sein, wie ich möchte. Vor allem aber, meine Herren, unsere Politik liegt offen und klar zutage; sie war uns durch unsere eigenen Interessen und durch die Beziehungen zu unseren Bundesgenossen so klar vorgezeichnet, daß ich glaube, wir konnten keinen anderen Weg gehen, und diese Politik steht endlich im Einklang mit den großen Gesichtspunkten, von denen nach meiner Überzeugung unsere ganze Politik geleitet werden muß.

Unsere Lage im Herzen des kontinentalen Europas wird uns immer darauf hinweisen, für die unverrückte Aufrechterhaltung der Machtstellung Deutschlands alle physischen und metallischen Kräfte der Nation einzusetzen.

(Zustimmung rechts.) Aber zugleich verlangen diese Kräfte gebieterisch nach Fortschreiten und Entfaltung im wirtschaftlichen Getriebe der Welt. Nur unbedingter Mismut kann verkennen, daß Deutschland an dieser großen Aufgabe im Laufe der letzten 10 Jahre mit Erfolg gearbeitet hat. Die Aufgabe bleibt groß und sie bietet ein bestimmtes und festes Ziel, auch wenn dieses Ziel nur mit Festigkeit, Geduld und Ausdauer erreicht werden kann. (Bravo! rechts; Zuruf bei den Sozialdemokraten.)

Abgeordneter Scheidemann (Soz.):

Der Reichskanzler hat soeben nur über die auswärtige Politik gesprochen. Er hält sich noch weiter für den geeigneten Mann, die Interessen des deutschen Volkes dem Ausland gegenüber zu vertreten. Ich bin anderer Ansicht. Er hat von weisen Herrschern und klugen Staatsmännern gesprochen, aber nur im Ausland. Er muß uns vom Balkan über Zabern nach Berlin zurückführen. Persönliche Geschäftigkeit dem Reichskanzler gegenüber liegt uns fern. (Rufe rechts; Bei Ruf!) Man mag seine Haltung in der Zaberner Angelegenheit entschuldigen, da er schwächer ist als die Militärherrschaft; auch daß er das versprochene Wahlrecht in Preußen nicht einzulösen vermochte, denn er durfte nicht, die Junker verbaten es ihm. (Lachen rechts.) Unser Kampf richtet sich gegen das Schlimme.

Der Reichskanzler hat sich selber die verantwortliche Situation geschaffen; es muß ein Ausweg gefunden werden, der der Würde der deutschen Volkvertretung entspricht.

Trotz der ersten Situation ist die Lage voller Summe. Wer aber am letzten ausgelacht wird, wird am schlimmsten ausgelacht. Sorgen wir dafür, daß es nicht der Reichstag ist. Die Unterredung in Donauwörth war kurz und mußte es sein, weil der Kaiser zu weiteren Festlichkeiten mußte. (Sehr gut! bei den Soz.) Die Wegnahme des Militärs von Zabern ist eine zweideutige Maßnahme; zu seinem Recht ist niemand gekommen. Die sechs Rekruten sind noch immer in Haft; Dorfmeister, Reuter und Deimling laufen aber immer noch frei herum. Die Soldaten und Bürger werden bestraft, wenn die Offiziere sündigen. Ein hartes Stiefel ist es, wenn gesagt wird, es liege ein Mißverständnis vor. Der Kanzler soll auch zwei Schreiben des Kaisers vergessen haben, welche eine Mißachtung der Kundgebungen des Allerhöchsten Herrn bedeuten. Diese beiden Tatsachen sind vom Reichskanzler erwähnt worden, wie das Stenogramm ergibt, aber in einer Form, daß sie unbemerkt bleiben mußten. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Reichskanzler hat sich dann am zweiten Tage mit dem Kriegsminister solidarisch erklärt.

Die heutige Situation, wo der Reichskanzler zum erstenmal wieder nach jenen Tagen diesen Saal betrat, war peinlich für ihn wie für den Reichstag.

Die ganze Situation war für ihn wie für das Haus nicht besonders würdig. In allen Ländern wäre ein Minister nicht wieder auf seinen Platz zurückgekehrt, dem von der übergroßen Mehrheit des Parlaments Schwarz auf Weiß das Gefehntigt wurde, was Herr v. Bethmann-Hollweg mit nach Donauwörth nahm. Was den Reichskanzler hier hält — selber möchte er wohl gern längst fort sein — ist ein Fetisch; der Fetisch des persönlichen Regiments fesselt ihn. (Sehr richtig! bei den Soz.) Er lebt nicht, er ist geklebt. (Weiterkeit.) Ich frage den Reichskanzler, ob er glaubt, noch die Autorität zu besitzen, das deutsche Volk nach außen hin zu vertreten, nachdem fünf Sechstel der Vertreter des Volkes ihm ihr Mißtrauen ausgesprochen haben? Aus dieser Situation führt kein Kompromiß heraus. Der Reichstag kann Gesetze annehmen und ablehnen. Es handelt sich hier nicht um Ministerstürzerei, sondern um eine Einschränkung der absoluten monarchischen Gewalt. Der Kaiser kann zwar einen Reichskanzler ernennen, kann aber den Reichstag nicht zwingen, mit ihm zusammen zu arbeiten.

Ein Zusammenarbeiten mit Herrn v. Bethmann-Hollweg ist weiterhin unmöglich.

(Zustimmung bei den Soz.) Der Reichstag möge zeigen, daß sein Beschluß vom 4. Dezember kein Strohhalm war. Wer nicht gewillt ist, eine Regierung zu Fall zu bringen, darf sie nicht vor der ganzen Beamtenschaft und dem Volke bloßstellen. Das ganze Volk steht einmütig hinter dem Reichstag, wenn er die Konsequenzen aus seinem Beschluß von voriger Woche zieht. Es würde aber eine große Verbitterung entstehen, wenn das Volk sich sagen müßte, daß alles hier nur Redefeuerverk war. Ich hoffe, daß der Reichstag unseren Antrag, dem Reichskanzler und dem Kriegsminister das Gehalt zu streichen, annehmen wird. (Lachen rechts.) Wollten wir nur unsere Ideen betonen, so müßten für uns die Herren v. Bethmann-Hollweg und v. Falkenhahn die willkommensten Männer sein. Daran liegt uns aber nichts. Deshalb wünsche ich auch, daß die bürgerlichen Parteien festbleiben gegenüber den Schwächen der Regierung. Geht der Reichskanzler, dann schweigen wir ohne Groll. Er hat seine Zeit nicht verstanden.

Für die Part. am Scheideweg ist die gegenwärtige Situation von höchster Bedeutung.

Die Sozialdemokratie wird ihren Weg zu finden wissen. (Beifall bei den Soz.)

Präsident Dr. Kaempf ruft den Redner nachträglich zur Ordnung, da er die erste Rede des Reichskanzlers ein ungehöriges diplomatisches Spiel genannt habe. (Lärm bei den Sozialdemokraten.)

Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg:

Auf einige Ausführungen des Vorredners muß ich doch sofort antworten. Er hat gemeint, die Wahrung meiner Würde müsse es mir gebieten, zu demissionieren. Ich ersuche Herrn Scheidemann, dies meiner eigenen Beurteilung zu überlassen, was zur Wahrung meiner Würde notwendig ist. Der Vorredner hat weiter gesagt, wie ich wohl glauben konnte, vor dem Ausland die Autorität zu besitzen, um die auswärtige Politik Deutschlands zu vertreten. Auch diese Sorge hierüber mag mir der Vorredner ganz allein überlassen. Ich habe das Vertrauen in das Ausland, daß es in dieser Beziehung anders denkt als der Abgeordnete Scheidemann. (Zustimmung rechts.) Das waren indessen nur nebensächliche Punkte, auf die ich beifällig antworten wollte. Verwahrung aber muß ich dagegen einlegen, daß der Vorredner mit seinen Ausführungen unsere verfassungsrechtlichen Zustände zu verzerren und zu verdunkeln bemüht war. Dagegen muß ich im ersten Moment Verwahrung einlegen. Er hat sich Mühe gegeben, der Mehrheit des Reichstags klar zu machen, daß nach dem sogenannten Mißbilligungs-votum (Große Heiterkeit.), das die Mehrheit dieses Reichstags beschlossen hat, entweder mit mir nicht mehr verhandeln dürfe oder sonstige Mittel ergreifen müßte, daß ich von meinem Platz abtrete.

Das setzt einen Zustand verfassungsrechtlicher Verhältnisse voraus, den wir nicht haben.

(Zustimmung rechts.) Was bedeutet denn der sogen. Antrag, der an die Interpellation geknüpft wird, anders, als daß vor 1 1/2 Jahren beschlossen wurde, es sollten sich alle Parteien darin einigen, daß mit diesem Antrag lediglich besiegelt werden soll, festzustellen, wie die Mehrheit des Reichstags denkt über die Verhandlungsgegenstände; lediglich im Interesse des Reichstags. Es ist aus dem Reichstag selbst behauptet worden, daß der Reichstag selber bei früheren Verhandlungen von Interpellationen häufig nicht gewußt habe, wie sich die Sache verhalte. Ich erinnere mich, daß es der Abgeordnete Gröber war, der den Vergleich mit dem Hornberger Schießen auf die Interpellationen angewendet hat, und selbst die Herren Sozialdemokraten, ich habe mir während der Rede des Herrn Scheidemann einiges herausfuchen lassen, haben die Ansicht ausgesprochen, daß mit dem Antrag, der sich an die Interpellation anknüpft, absolut nichts Neues eingeführt werden soll. Selbst der Abgeordnete Ledebour — und das will doch viel sagen (Weiterkeit.) — hat damals am 3. Mai 1912 folgendes gesagt: Es war verlesen worden die Erklärung, die ich durch den Mund des Herrn Staatssekretärs des Innern über die beabsichtigte Änderung der Geschäftsordnung hatte abgeben lassen; da sagte der Abgeordnete Ledebour: Diese Erklärung war entweder überflüssig oder nicht berechtigt gewesen. Überflüssig insofern, als eine Verwahrung dagegen, daß der Reichstag beabsichtige, durch die Umgestaltung des Interpellations- und Fragerrechts eine Machterweiterung vorzunehmen, vollkommen gegenstandslos ist. Und der Abgeordnete David hat gesagt, was wird hier Neues geschaffen? Eine reine Zweckmäßigkeitfrage ist es, daß solche Anträge auch am Ende einer Interpellationsdebatte zulässig sein sollen. Das ist das einzige Neue, was geschaffen wird, sonst nichts. Also alles, was man an Debatten geleistet hat, daß es sich um eine Erweiterung der Rechte des Parlaments handelt, die unzulässig sei, ist angesichts der Tatsache, daß heute schon dem Reichstag das Recht an sich zusteht, hinfällig.

Es handelt sich nur um ein rascheres, zweckmäßigeres Verfahren, die Meinungsäußerung des Reichstags in Fragen der inneren und äußeren Politik festzustellen.

Ich habe noch den Schlusssatz in der Rede des Abgeordneten Ledebour zu verlesen, worin es heißt: Denn in den ausführlichen Verhandlungen in der Kommission wurde von allen Seiten ausdrücklich festgestellt, daß niemand etwas Derartiges beabsichtigt. Damit vergleichen Sie die Haltung, die heute der Abgeordnete Scheidemann eingenommen hat. Jetzt soll

mit einem Male durch den Antrag, der an die Interpellation geknüpft ist, ein Druck ausgeübt werden. Entweder auf die Entschließung des Kaisers oder auf die des Reichskanzlers. Das ist eine Verletzung unserer verfassungsrechtlichen Zustände, die bewußte Aufriktion der Herrschaft des Parlaments. (Große Anruhe links.) Der Herr Abgeordnete Scheidemann hat auf englische und französische Zustände Bezug genommen. Das weiß doch jedes Kind, daß die verfassungsrechtlichen Zustände in England und Frankreich ganz verschieden sind.

Ich werde mich mit all meiner Kraft dem entgegenstellen, daß unser verfassungsrechtliches Verhältnis geändert wird.

Nach der Reichsverfassung steht dem Kaiser die Ernennung und Entfernung zu in vollkommen freier Entscheidung. (Zuruf bei den Soz.: Leider!) Und es ist verfassungswidrig, darauf einen Druck ausüben zu wollen. Wegen des Beschlusses vom vorigen Donnerstag habe ich meine Demission nicht eingereicht. (Beifall rechts.) Und wegen des Beschlusses werde ich nicht meine Demission einreichen. (Lebhafter Beifall rechts.) Ich will die Bedeutung des Interpellationsantrags in keiner Weise einschränken versuchen. Ich will die Bedeutung nur auf ihr richtiges Maß zurückführen.

Durch den Antrag wird nur festgestellt, daß die Behandlung des Interpellationsgegenstandes mit den Anschauungen des Reichstags nicht übereinstimmt.

Derartige Meinungsverschiedenheiten haben wir jedoch sehr oft und sie sind ein Bestandteil unseres politischen Lebens. Sie treten noch viel scharfer hervor, wenn ein wichtiges Gesetz von Ihnen abgelehnt wird. Es ist dann doch auch eine Meinungsverschiedenheit zwischen der Regierung und dem Reichstag gegeben. Meine Herren! Nun hat der Herr Abgeordnete Scheidemann das Haus aufgerufen, durch Verweigerung des Etats sollten Sie ihrem Beschlusse Geltung verschaffen. Mutmaßungen will ich darüber nicht aussprechen, wie sich die Mehrheit des Reichstags verhalten wird. Ich werde der weiteren Entwicklung der Dinge ruhig zusehen. Das möchte ich noch einmal mit aller Schärfe betonen, daß ich dem Bestreben, das in der Verfassung fixierte Recht des Kaisers einzuschränken, den entschiedensten Widerstand entgegensetze. (Zuruf links: Das ist sehr hübsch von Ihnen!) Sie werden auf einen ganz unbeugsamen Widerstand stoßen. Das deutsche Volk wird nicht wollen, daß die kaiserliche Gewalt unter sozialdemokratischen Zwang gestellt wird. (Beifall rechts.)

Hg. Dr. Spahn (Zentr.): Den Kanzler zu berufen, ist Sache des Kaisers. Daran halten wir fest. Den Etat bewilligen wir nicht dem Reichskanzler, sondern dem Reiche. Die Stellung Deutschlands in der internationalen Wirtschaftspolitik ist außerordentlich günstig. Im Innern bietet der Staat ein sicheres Bild. Die Einnahmen sind nicht mit Sicherheit zu übersehen, nur die Militärbeiträge stehen fest. Die Haltung des Reichskanzlers und des Kriegsministers in der Zaberner Angelegenheit war nicht richtig. Man hätte sofort, als der Ausbruch „Wades“ fiel, eingreifen müssen. Dann wäre die ganze Aufregung vermieden worden. Wenn aber jetzt das Regiment verlegt wird, so ist das keine Strafe für die Soldaten, sondern für die Bürger.

Gefehlt haben in erster Linie die Offiziere. (Sehr wahr!) Das Verbot gegen Amundsen war unverständlich. (Bei der fortgesetzten Anruhe des Hauses bleiben bei der schwachen Stimme des Redners seine weiteren Ausführungen im Zusammenhang unverständlich; er spricht über die Missionen, die Balkanpolitik und den Dreibund.) Österreich hätte durch den Dreibund erreicht, daß ein selbständiges Albanien erzielt wurde. An der Großmachstellung Österreichs hätte Deutschland das größte Interesse. Weiter spricht der Redner über die Wirtschaftspolitik, speziell die Zollpolitik. Des weiteren bespricht er die Thronfolger in Bayern und Braunschweig. In dem Koalitionsrecht dürfe nicht gerüttelt werden. (Beifall im Zentrum.)

Hg. Baffermann (natl.): Wir erkennen mit dem Reichskanzler an, daß während der Balkanwirren der Dreibund seine Probe bestanden hat. Österreich und Italien insbesondere sind einander wesentlich genähert. Die sozialdemokratische Ansicht von der Eroberungspolitik Österreichs, die die ganze Balkanhalbinsel herborgerufen habe, ist nach der Rede des Grafen Berchtold nicht mehr aufrecht zu erhalten. Wir freuen uns, daß die Mißstimmung durch die Wularester Friedensverhandlungen gehoben worden ist, und erkennen gerne an, daß seit der Potsdamer Zusammenkunft, wo Deutschland besondere Kräfte in Persien machte, unser Verhältnis zu Rußland sich wesentlich geändert hat.

Mit Rußland wünschen wir, immer gute Beziehungen zu haben.

Bezüglich eines Rüstungsabkommens mit England müssen wir der französischen Presse zustimmen, die der Ansicht ist, daß die Propagierung des Rüstungsfeierjahres nicht dem Frieden dienlich ist. Andererseits ist die Tonart in der englischen Presse unserem Flottenbau gegenüber wesentlich freundlicher geworden. Wir haben des Vertrauens zu unseren Staatsmännern, daß sie den festen Willen haben, die Periode energischer Revisionen in der Türkei einzuleiten. Von Imperialismus ist bei uns nicht viel zu merken.

Wir wollen nichts, als die Sicherung unserer Volkswirtschaft, genau so, wie die anderen Völker es tun.

Wir treiben unsere Kolonial-, Sozial- und Interessensphärenpolitik genau so wie die anderen Völker. Wir verlangen, daß unsere Politik fest bleibt. Wegen die in Neufamerun immer mehr um sich greifende Scharfrankheit müssen energische Schritte unternommen werden. Daß für das diplomatische Corps größere Mittel eingestellt sind, begrüßen wir mit Befriedigung. Dadurch wird ermöglicht, daß diese Laufbahn weiteren tüchtigen Kreisen eröffnet wird.

Zur Beteiligung des Reichs an der Weltausstellung in San Francisco beantragen wir die Einsetzung von 2 Millionen in den Etat.

Diese Summe ist nötig, um der deutscher Kunst, dem Kunsthandwerk und der Industrie eine würdige Vertretung zu sichern. Unsere Nichtbeteiligung würde uns England gegenüber ins Hintertreffen bringen. Nun zur inneren Politik. In Sachen der Jesuiten ist uns eine Verschiebung der Frage auch nicht erwünscht. Uns wäre das liebste ein schnelles Nein. (Weiterkeit.) Wir freuen uns, daß die braunschweigische Frage endlich gelöst ist und hoffen, daß die Braunschweiger sich die hannoversch-welfische Agitation vom Leibe halten werden. Die Garantie, die durch den persönlichen Verzicht gegeben sein soll, genügt uns aber nicht. Daß endlich die Bezüge der Pensionäre gesetzlich erhöht werden sollen, darüber wird allgemeine Freude empfunden.

Die Reichsfinanzpolitik begrüßen wir. Präsident Hanstein hat manche auf dem ganzen Weltmarkt vorzüglich wir-

langers kam wiederum der alte Gegensatz zwischen der halb-konstitutionellen Auffassung, wonach der Kaiser allein zu entscheiden hat, wer Minister sein soll, und der wahrhaft konstitutionellen, parlamentarischen Auffassung zur Geltung, wonach die Minister die Vertrauensmänner der Volkstimung zu sein haben. Der Reichstag war im Fall Zuber die richtige Interpret der Volkmeinung. Wenn Bethmann-Hollweg trotzdem bleibt, so wirft diese Tatsache wieder ein grelles Schlaglicht auf unsere staatsrechtlichen Verhältnisse.

Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt: Herr von Bethmann-Hollweg hat in seinen Darlegungen über das sogenannte Mißbilligungsvotum so deutlich, wie vielleicht noch nie, gezeigt, daß er politische Dinge als Bureaukrat sieht und nicht als Politiker. Nur ein Bureaukrat kann den fast einmütigen Beschluß des Reichstags vom 4. Dezember so völlig verkennen, wie er es getan hat. Dieser Beschluß ist in den Augen des Kongress eine platonische Konstatierung einer Meinungsverschiedenheit, aber heilige kein Mißtrauensvotum. Ein Mißtrauensvotum würde ja eine Verjährung und Verdunkelung unserer verfassungsmäßigen Zustände in sich schließen, und einem solchen Versuch würde er, der Kanzler, unbedingtem Widerstand entgegensehen. Wer nicht mit Herrn v. Bethmann-Hollweg davon durchdrungen ist, daß in Deutschland bis in alle Ewigkeit die Bureaukratie das Volk bevormunden müsse, wer im Gegenteil zu der Erkenntnis vorgerückt ist, daß im modernen Staat letzten Endes das Volk selbst seine Geschicke bestimmen muß, der muß für die Vertretung eben dieses Volkes eine würdigere Machtfstellung beanspruchen, als sie ihm bisher beschieden war, und der wird seine Augen auch nicht vor den mannigfachen Ansätzen zu einem erhöhten Parlamentseinfluß verschließen, die gerade die Entwicklung der letzten Jahre aufweist. Der Reichstag hat in der vorigen Woche nicht nur submissiv eine Meinung äußern, sondern er hat protestieren wollen, und nicht nur protestieren, sondern zugleich postulieren und etwas erreichen wollen. Und wenn er nur die nötige Geschlossenheit und Entschlußkraft hat, so kann er etwas erreichen; er kann es, ohne irgendeine der Verfassung Gewalt anzutun. Er kann sogar — horribile dictum — einen Minister stürzen.

Das Kabinett Doumergue-Caillaux.

Das nach langwierigen Bemühungen, und nachdem mehrere andere Kombinationen gescheitert waren, endlich zustande gekommene Kabinett Doumergue wird man, obwohl der Ministerpräsident zwei Portefeuilles, nämlich außer dem Präsidium auch das des Äußeren, übernommen hat, füglich als das Kabinett Doumergue-Caillaux bezeichnen müssen, denn der letztere, der ja auch der Führer bei dem Sturze Barthous war, ist die Seele des jetzigen 54. Kabinetts der Republik, über dem gleichsam als Geist über den Wassern der frühere Ministerpräsident Clemenceau schwebt, der „Krankheitshaber“ die Übernahme eines Portefeuilles abgelehnt hat, aber hinter den Kulissen die Drähte ziehen wird. Wenn etwa die französischen Offizidien den Versuch machen sollten, das Kabinett Doumergue als ein Sammlungskabinett auszugeben, so wird man das als eine fromme Täuschung zurückweisen müssen. Gerade an diesen Konzentrationversuchen waren ja die vorangegangenen Bemühungen, ein Kabinett zu bilden, gescheitert, und das Ministerium Doumergue ist ein ausgesprochen radikales Kabinett, dessen Mitglieder der radikalen Partei angehören, bis auf den Handelsminister David und den Kolonialminister Lebun, die der demokratisch-sozialen Eintrachtgruppe angehören, die während des Kampfes um die dreijährige Dienstzeit zur Unterstützung des Kabinetts Barthou begründet worden war.

Doumergue selbst ist ein ausgesprochener Radikaler, der allerdings als Mitglied der Kabinette Combes, Clemenceau und Briand stets bemüht gewesen ist, zwischen den Radikalen und und anderen republikanischen Gruppen möglichst enge Beziehungen herzustellen, und dem auch jetzt noch eine starke Neigung zum Lager der gemäßigten Linken nachgesagt wird. Aber Doumergue steht unter dem Kommando des Finanzministers Caillaux und Clemenceau, die beide dem linken Flügel der radikalen Partei angehören und die bei dem Sturz Barthous gezeigt haben,

daß sie jegliches Kompromiß mit der Rechten verabscheuen. Darauf beruhen ja auch die Schwierigkeiten bei der Kabinettsbildung, da Doumergue Abgabe auf Abgabe bekam und deshalb zum Schluß gezwungen war, das in den jetzigen kritischen Zeiten doppelt schwierige Amt des Auswärtigen noch als Anhängsel mit zu übernehmen.

Nebenbei bemerkt dürfte der Einfluß Caillaux' hierdurch noch verstärkt werden, da der Ministerpräsident einmal durch die auswärtige Politik von der Betätigung in der inneren abgelenkt werden und ihm durch die Leitung des Äußeren zugleich eine größere Reserve auferlegt wird.

Nebenfalls liegt, wie ausgesprochen radikal das Kabinett auch ist, kein Anlaß vor, es, wie der rechtsstehende „Figaro“ es tut, als das „Kabinett der Revolution“ zu bezeichnen. Das freilich liegt klar zutage, daß die Bildung dieses Ministeriums ebenso eine Niederlage der Rechten wie des Präsidenden Poincaré bedeutet, der sich mit leidenschaftlichem, wenn auch vergeblichem Eifer für das Zustandekommen eines Konzentrationskabinetts ins Zeug gelegt hatte. Die Radikalen sprachen denn auch offen von der ersten großen Schlappe des Präsidenten, aber es fragt sich, ob ihr Jubelgeschrei nicht verfrüht ist, denn es bleibt abzuwarten, wie das Kabinett dem Senat und der Kammer gegenüber sich behaupten wird, in der die Radikalen trotz der ihnen zugesagten Unterstützung der Sozialisten eben ohne Hilfe der gemäßigten Republikaner über keine Mehrheit verfügen. Wohl aber übel wird man auf die Verwirklichung der Hauptpunkte des radikalen Programms verzichten müssen, denn wenn man die Einkommensteuer selbst in der Kammer durchbeläutet, würde sie doch im Senat scheitern. Die heikelste Frage aber ist für das Kabinett die der Rentensteuer, denn über die verlangte Steuerfreiheit der Rente fiel Barthou, und diese Steuer wird ihr leidenschaftlicher Befürworter Caillaux durchzuführen versuchen müssen.

Was die Stellung des Kabinetts zu den Fragen der auswärtigen Politik betrifft, so dürfte im wesentlichen derselbe haben weitergesponnen werden, wenn auch eine so ausgeprägt deutschfeindliche Haltung wie unter Barthou von dem an sich maßvollen Doumergue wohl kaum zu erwarten ist. Es ist heute von Interesse, daran zu erinnern, daß Doumergue im Jahre 1906 bei der Beratung des Handelsvertrags mit dem Japans Reich diesem in sehr unliebsamer Weise den Vorwurf gemacht hat, daß es „immer nur nimmt und nie gibt“. Allein Frankreich hat seitdem immer wieder gegeben, und es wird auch unter Doumergue, wenn er es erliebt, dem Älteren weiter geben, vielleicht weniger in der immer schwächer werdenden Hoffnung auf Revanche, als vielmehr, um mit der Hoffnung auf die Revanche postieren zu können.

Die neuen Männer.

Biennou-Martin, der Justizminister, geb. 1847, Deputierter von Angers seit 1897, brachte als Unterrichtsminister Roubiers 1905 das Trennungsgesetz ein und gebürt seit dem Jahre dem Senat an. — Renoult, Minister des Innern und somit vielleicht mit der Vorbereitung der Neuwahlen betraut, geb. 1867, Deputierter des Saone-Departements seit 1902, eine diplomatische Erscheinung, war Unterstaatssekretär im Kabinett Briand. — Roussens, Kriegsminister, geb. 1864, vertritt seit 1902 das Gers-Departement, war Advokat wie die meisten seiner Kollegen, dann als Kabinettschef in verschiedenen Ministerien tätig und Unterstaatssekretär des Krieges unter General Brun. Als Berichterstatter des Budgetausschusses half er beim Sturz Barthous. — Ronis, Marineminister, geb. 1848, Magistrat und Stagnafabrikant, Deputierter, dann Senator der Gironde, war Justizminister Waldeck-Rousseaus und geriet im Jahre 1911 als Ministerpräsident unter ein Flugzeug, das auch Kriegsminister Berthelet traf und tötete — noch ehe Ronis von seinen Wunden geheilt war, stürzte ihn die Kammer. — René Viviani, geb. 1862 in Algier, war erst ganz roter Deputierter von Paris, dann Minister der Arbeit und Wohlfahrtspflege unter Clemenceau und Briand; ein kluger Kopf, ein vortrefflicher Advokat und hinfert Unterrichtsminister. — Fernand David, geb. 1899, Deputierter Saonens, war Handelsminister und Ackerbauminister und wird jetzt die öffentlichen Arbeiten leiten. — Galvy, geb. 1875, Handels- und Postminister, ist gefährdet auf der Linken; er stürzte Briand wegen zu lauer antimilitärischer Politik und half mächtig beim Sturz Barthous. — Kahnau, geb. 1880, Deputierter

der Charante, Ackerbauminister wie unter Briand; Lebun, geb. 1871, Deputierter von Reims-et-Roselle, Ingenieur, ist wieder Kolonialminister wie früher. Klein, Arbeitsminister, Péro, Maginot, Ajam, Jacquier, die neuen Unterstaatssekretäre, sind unbeschriebene Blätter. C. L.

Die Vorstellung der neuen Minister.

Paris, 9. Dezember. Heute morgen um 1/2 Uhr wurde das neue Ministerium im Elyseepalast von Doumergue dem Präsidenten der Republik Poincaré vorgestellt. Hierauf begaben sich sämtliche neuen Minister in die einzelnen Ministerien. Heute nachmittag wurde bereits mit der Übergabe der Geschäfte begonnen. — Da Doumergue und Caillaux nichts überfüllen und die Staatsnotwendigkeiten respektieren wollen, dürften Konflikte für erste vermieden werden.

Die Pläne des neuen Finanzministers.

Paris, 9. Dezember. Wie verlautet, soll Caillaux, der neue Finanzminister, die Abicht haben, vorerst Staatschekcheine auszugeben und erst im Februar nächsten Jahres eine neue Anleihe in der Kammer einzubringen.

Eine Interpellation über die Politik des neuen Ministeriums. Paris, 10. Dezember. Der sozialistische-republikanische Deputierte Violette kündigt an, daß er am Donnerstag nach der Regierungserklärung das Ministerium über dessen allgemeine Politik interpellieren werde. Da Violette ein Anhänger des Kabinetts ist, hat die Interpellation zweifellos nur den Zweck, ein Vertrauensvotum der Kammer herbeizuführen.

Die auswärtige Politik in der ungarischen Delegation.

Wien, 9. Dezember. Die ungarische Delegation hielt heute vormittag eine Vollsitzung ab, zu der auch die Opposition erschienen war. Auf die Fragen der Interpellanten antwortete Graf Berchtold, Österreich-Ungarn sei gemeinsam mit den anderen Großmächten tatsächlich bestrebt gewesen, den ersten Balkankrieg zu verhindern. Das Selbstverfügungsrecht der Balkanstaaten und die Stellungnahme dagegen, daß irgendeine Großmacht dieses Selbstverfügungsrecht einschränke, ist das traditionelle Prinzip unserer Politik. Wie wenig wir den zweiten Balkankrieg herbeiwünschten, beweist am besten unser ernstliches Bestreben, eine freundschaftliche Verständigung zwischen Rumänien und Bulgarien herbeizuführen. Die Antwort des Ministers wurde von der Mehrheit zur Kenntnis genommen. — Der Berichterstatter Nagy führte aus: Dem Minister des Äußeren gebühre alle Anerkennung für die Wahrung des Friedens angesichts des Abgrundes, an dessen Rand die Monarchie während der Balkankriege gestanden habe. Es sei belanglos, daß Deutschland den Vorkriegs Frieden früher anerkannte als die Monarchie. Der Dreibund bleibe gleichwohl der stärkste Hort des Friedens. — Der Oppositionelle Caroli erklärte sich mit der Leitung der äußeren Politik unzufrieden. — Delegierter Berzevich betonte, es gebe für die Monarchie keine günstigere Kräftegruppierung als das Festhalten am Dreibund. Das Ergebnis der Balkankriege gelte, daß die panslawistische Idee den Bankrott erlitten habe, ebenso das europäische Konzert. — Delegierter Baron Hengelmüller trat der Behauptung entgegen, daß sich Österreich-Ungarn hinter den Rücken Europas verhalte.

Während der Rede Hengelmüllers wurde auf Verlangen Ratowitz die Beschlußfähigkeit festgestellt. Die Sitzung wurde unter großem Lärm der Opposition suspendiert, der bei der Wiederaufnahme der Sitzung andauerte. — Graf Andrássy erklärte, das Verhalten Deutschlands gestatte keineswegs die Folgerung, als ob Deutschland Österreich-Ungarn im geringsten Maße unrein geworden wäre, und ob es nicht alles getan hätte, worauf Österreich-Ungarn kraft seines Bündnisses hätte rechnen können. (Zustimmung.) Er sei ein unbedingter Anhänger des Dreibundes, auch deshalb, weil die Zukunft Ungarns vernichtet wäre, wenn die Germanen niedergeworfen würden. Innerhalb des Dreibundes aber müsse Österreich-Ungarn eine gewisse Selbstständigkeit besitzen. Österreich-Ungarns Aufgabe sei es, die Gegenstände zwischen den Entenkemächten und dem Dreibund zu lindern. — Ministerpräsident Tisza erklärte, daß das leitende Prinzip der äußeren Politik Öster-

Feuilleton.

Konert.

Zu vierten Konzert des „Vereins der Künstler und Kunstfreunde“ begrüßte man gestern Abend mit aufrichtiger Freude einmal wieder das „Petersburger Streichquartett“ der Herren Grigorowitsch (1. Violine), Balaschewitsch (2. Violine), Raum Krantz (Bratsche) und Wulfewitsch (Cello); vier Künstler von unantastbarer Meisterschaft. Wie schon bei ihren früheren Auftritten so bewundern wir auch diesmal die straffe rhythmische Geschlossenheit dieses Ensembles; die Reinheit und Abgeläutetheit der Technik; den kraftvollen warmen Ton, der dem Spiel dieser Künstler in so hohem Grade zu eigen ist, da — von geringen Momenten abgesehen — jede Erinnerung an das Materielle des Klanges geistig schien. Die zumeist charakteristische Eigenschaft der Vorträge liegt wohl ausgeprägt in der starken, feurigen Temperamentsäußerung, die sich nicht selten zu hinreichendem Schwung steigert. Es kam dem Erfolge des Petersburger Streichquartetts zustatten, daß das Programm zwei Werke russischer Komponisten aufwies; liegen doch schon in dem slowischen nationalen Wesen diese lebhaften Temperamentswallungen beschlossen; dieser rasche Wechsel zwischen weicher, schmachtender Hingebung oder träumerischer Melancholie und leidenschaftlichem Aufbrausen.

Alexander Borodin — seinerzeit in Petersburg als grundlegendster Professor der Medizin und Wirklicher Geheimrat — hochgeschätzt — ist als Komponist zugleich einer der bahnbrechenden Führer der „jüngsten“ Schule gewesen. Sein gestern gehörtes D-Dur-Quartett verrät zwar natürlich die Beeinflussung unserer deutschen klassischen Meister der Kammermusik, aber ein Zug spezifisch russischen Wesens ist in der temperamentvollen Melodik, in der Hinneigung zu harmonischen Epithetendiskussionen und in dem oft fremdartig berührenden Kolorit deutlich erkennbar; besonders heute ich da an den zweiten und dritten Satz. — er das „Nocturno“ mit seinem durch raffinierte Staccato-Effekt

hervorstechenden Mittelsatz, und das pikant erfundene „Scherzo“ voll lebhaft pulsierender Rhythmi. Dem wirkungsvollen Eindruck dieses Quartetts gab der des Schalkowsky'schen Es-Moll-Quartetts nichts nach; es ist von vorwiegend erstem pathetischen Charakter; dem Andenten des berühmten Moskauer Konzertmeisters Ferd. Laub gewidmet. Diefem äußeren Anlaß ist wohl auch das ausgedehnte Weigen-Solo zu danken, das dem ersten Allegro so merkwürdigen Reflex verleiht: eine weich-lagende Kantilene, die sich auch weiterhin noch mehrfach wiederholt; und ebenso jener schmerzlich bewegte Trauergejang des „Andante“.

Zwischen beiden genannten Werken wurde Mozarts „F-Dur-Quartett“ gespielt. Die Feinheit, die Rannigfaltigkeit und Energie, welche der Bogen des ersten Geigers Herrn Grigorowitsch besitzt, kamen hier recht deutlich zu Beweise des Hörers. Diese Vorzüge scheinen auch den übrigen Mitspielern als leuchtendes Beispiel vor Augen zu stehen. Von solchen Künstlern getragen, muß denn wohl jedes Werk seinen innersten Wert, seine eigentümliche Bedeutung enthalten.

Die Darbietungen der „Petersburger“ wurden von Künstlern und Kunstfreunden mit jubelndem Beifall aufgenommen. O. D.

Aus Kunst und Leben.

Die Königsstadt Pergamon. Geheimrat Professor Dr. Schmid (Köln) führte gestern Abend auf Veranlassung der Wiesbadener Gesellschaft für bildende Kunst in der Aula des Angebots am Schloßplatz seine zahlreichen Zuhörer und Zuhörerinnen nach Kleinasien, um ihnen die Schätze der spät-hellenistischen Kunst und Kultur, deren Hebung die Ausgrabungen deutscher Archäologen zu danken ist, näher zu bringen. Die Königsstadt Pergamon, deren Trümmer noch ein Bild von der Großartigkeit ihrer Anlage geben und deren rekonstruierte Bauelemente zur Bewunderung herausfordern, bildete den Mittelpunkt der Ausführungen des Vortragenden, die nach längerer Einleitung über die gegenwärtigen griechisch-türkischen Verhältnisse in Kleinasien, die Eindrücke einer Reise nach der von Karl Humann entdeckten Trümmer-

stätte schieden. Mit besonderer Sorgfalt behandelte Professor Schmid den architektonischen Aufbau der Stadt und die zweckmäßige Lage der einzelnen Bauwerke. Eine Reihe guter Lichtbilder bot willkommene Erläuterung der Ausführungen, die besonderes Interesse beanspruchten bei der Schilderung des Altarbauens, den Attalus I. zur Erinnerung an seinen Sieg über die Galater errichten ließ. Der den Kampf der Götter mit den Giganten darstellende Sulpturenfriedhof dieses Altarbauens bietet in seiner historisch realistischen Auffassung und der technischen Ausführung ein Denkmal jener Zeit, das bei der Betrachtung einen bezaubernden Eindruck hinterläßt.

Ein berechtigter Protest gegen ein Kino-Theater. Eine von der literarischen Gesellschaft in Hamburg einberufene, sehr zahlreich besuchte Versammlung befaßte sich mit der Tatsache, daß ein neugegründetes Lichtspieltheater den Namen „Lestings-Theater“ angenommen hat und sagte einstimmig folgende Protestresolution: „Vor kurzer Zeit wurde am Gänsemarkt ein Kino eröffnet, das den Namen „Lestings-Theater“ angenommen hat. Wie man auch über die künstlerische Berechtigung des Kinos denken mag, zwischen einem Lichtspielhaus und alle dem, was unter dem Namen Lesting bedeutet, gibt es eine weite Kluft. Es erscheint uns als ein Anlaß, daß man sich dieses Namens zu Reklamazwecken bemächtigt hat. Wir empfinden es als entwürdigend, wenn an der Stelle, wo die „Hamburgische Dramaturgie“ entstand, ein Kino den Namen „Lestings-Theater“ tragen darf. Das Geschlecht scheint eine Handhabe gegen diesen Mißstand nicht zu bieten. Darum wenden wir uns an die öffentliche Meinung. Wir wenden uns an das Kulturgefühl, an das künstlerische Empfinden unserer Mitbürger. Ist dieses Empfinden stark genug, dann wird jener pietätlose Auswuchs moderner Kesselfeuer unmöglich sein.“ — Der Vorsitzende teilte in der Begründung der Resolution noch mit, daß man Schritte bei der Vorpresse-Kommission des Senats getan habe, um die Bezeichnung „Lestings-Theater“ zu verhindern. Die Kommission habe sich aber als nicht zuständig erklärt. Sie habe lediglich das Recht, die äußere Wirkung einer Inschrift zu beanstanden, nicht aber eine Bezeichnung wegen ihres Inhaltes. S. H.

reich-Ungarns in der Wahrung des Friedens bestand und in der Sicherung der freien ökonomischen Entwicklung des Balkans, sowie in der Unabhängigkeit der Balkanvölker. Redner stimmte Andraßy zu, daß die Monarchie die Rolle des Vermittlers mit den Mächten der Ententegruppen zu spielen habe. Dies gelte aber nur insoweit, als in Zukunft seitens Rußlands eine Politik zur Geltung gelange, welche Gegenläufige zwischen Rußland und der Balkanpolitik der Monarchie nicht heraufbeschwöre. Der Ministerpräsident konstatierte mit Freude, daß im allgemeinen nach der Balkankrise eine Verringerung der Reibungsflächen der Monarchie und Rußlands konstatiert werden könne. Mit Freude sei auch eine Besserung der Beziehungen zwischen England und Deutschland zu konstatieren, sowie der Umstand, daß es keinerlei Tatsachen gäbe, welche dieselbe friedliche Lage nicht auch bezüglich Frankreichs sicherstellen würden. (Lebhafter Beifall.) Nächste Sitzung morgen.

Deutsches Reich.

Der Gegenbesuch des deutschen Kaiserpaars in München, der auf den 15. und 16. Dezember festgesetzt war, ist infolge der schweren Erkrankung der Kaiserin von Hohenzollern in Frage gestellt. Der Besuch des Kaiserpaars wird eventuell nur auf kurze Zeit verschoben werden.

Eine Verfassungsänderung in Bayern. Von dem Plan einer außerordentlich bedeutsamen Verfassungsänderung hat Ministerpräsident Freiherr v. Hertling gestern nachmittag bei der Debatte über Handel, Gewerbe und Industrie in der Abgeordnetensammer Mitteilung gemacht. Der Abg. Haberlein (f. Sp.) trat nämlich für eine stärkere Vertretung der gewerblichen Stände im Reichsrat ein. Darauf erklärte der Ministerpräsident folgendes: Ich erkläre, daß ich mich ins Einvernehmen mit den zuständigen Ministern sehen werde und durchaus bereit bin, der Forderung näherzutreten (Bravo!), inwieweit unter Berücksichtigung der veränderten Zeitverhältnisse und der wirklichen Bedürfnisse Änderungen in der Kammer der Reichsräte vorzunehmen sind. Aber die dankbare Anerkennung, die die Regierung der Tätigkeit schuldet, durch welche die Reichsratskammer sich um das bayerische Verfassungsleben verdient gemacht hat, verbietet es, diese Frage zu lösen, ohne enge Fühlungnahme mit der Reichsratskammer. Ich werde zunächst mit der Reichsratskammer Fühlung nehmen, und wenn sich die Verhandlungen der Reichsratskammer und des Ministeriums zu bestimmten Vorschlägen verdichten werden, wird die Regierung in dieser Frage zur Initiative greifen.

Die Erhöhung der bayerischen Zivilliste verfehlt. Der Ausschuh der Kammer der Reichsräte hat den Gesetzentwurf über die Erhöhung der Zivilliste in namentlicher Abstimmung einstimmig angenommen.

Der erste Bürgermeister von Kürnberg. Bei der gestrigen Bürgermeistereiwahl wurde der Bürgermeister Dr. Behler aus Regensburg mit 44 Stimmen der Fortschrittler, Demokraten und Sozialdemokraten zum ersten Bürgermeister von Kürnberg gewählt.

Ein Vertrauensvotum für Casselmann. Die liberale Fraktion der bayerischen Kammer der Abgeordneten nahm eine Entschließung einstimmig an, daß sie trotz der Meinungsverschiedenheiten, die gelegentlich der Vorlage über die Erhöhung der Zivilliste zutage getreten sind, ein Ansehen zu einem Nachtritt des Vorsitzenden Casselmann nicht als gegeben erachten könne und in der die Überzeugung ausgedrückt wird, daß die Fraktion auch weiterhin unter seiner Führung in vollem gegenseitigen Vertrauen für die gemeinsame Sache zusammenarbeiten werde.

Zur Gründung eines deutsch-amerikanischen Wirtschaftsverbandes wird mitgeteilt, daß dem Vorbereitungsausschuh des Verbandes bis jetzt 80 Persönlichkeiten aus der ganzen deutsch-amerikanischen Güterausfuhr beteiligten Industrie, der Schifffahrt und dem Handel, also auch aus den Kreisen, die nicht für die Weltausstellung in San Francisco eintreten, angehören.

Der Hansabund und das Leipziger Kartell. Das Direktorium des Hansabundes bittet um die Veröffentlichung folgender Erklärung: Mit Enttäuschung haben wir davon Kenntnis genommen, daß Herr Geheimrat Borster auf der Offener Tagung des Kartells der Schaffenden Stände in seiner Vorentscheidung gegen den Hansabund soweit gegangen ist, zu sagen, daß dieser eine Vereinigung zur Förderung der deutschen Uneinigkeit und zur Stärkung der goldenen Internationalität sei. Es ist unverständlich, wie einem Mann, der im industriellen Leben Rheinlands sowie als konservativer Abgeordneter eine gewisse Bedeutung für sich in Anspruch nehmen durfte, eine derartige, in keiner Weise durch sachliche Gründe gestützte Entgleisung zustofen konnte.

Der Verein der beamteten Tierärzte Preußens hielt in Berlin unter dem Vorsitz des Veterinärrats Ruff (Breslau) seine 13. Hauptversammlung ab, die einen starken Besuch zu verzeichnen hatte. Aus dem Ministerium für Landwirtschaft waren Geheimrat Oberregierungsrat Dr. Hesse und Geheimrat Regierungsrat Dr. Nebermann erschienen. Es wurde beschlossen, dem Ministerium für Landwirtschaft eine Denkschrift über die Festsetzung der Reisekostenpauschale zu überreichen. Wissenschaftliche Vorträge hielten Geh. Rat Loeffler (Greifswald) über ultraviolette Virus und Professor Müller (Königsberg) über die Ätiologie der Schweinepest. Aber die veterinärpolitische Seite dieser Frage verdrängte sich dann Geheimrat Nebermann. Mit Rücksicht auf die gegenwärtig sehr große Verbreitung der Schweinepest und ihre nachteilige Wirkung auf Schweinezucht und Fleischproduktion war die Diskussion eine rege. Es wurde als dringend erforderlich bezeichnet die Mitwirkung der Landwirte bei der Bekämpfung dieser Krankheit, vor allem die strenge Befolgung der Anzeigepflicht, ferner die Schaffung von staatlichen Instituten zu Händen der beamteten Tierärzte zur Sicherung der Diagnose.

Parlamentarisches.

Die heftigste Besoldungsreform in der Zweiten Kammer. Die Zweite Kammer trat gestern vormittag in die Beratung der Regierungsvorlage, betreffend die Dienstbezüge der Staatsbeamten und Volksschullehrer und deren Hinterbliebenen, ein. Zu Beginn der Sitzung dankte Präsident Aßhler dem Finanzausschuh für die in 45 Sitzungen geleistete höchst umfangreiche Arbeit. Diefem Dank schloß sich Staatsminister Dr. Fwald, der sodann das Wort ergriff, im Namen der Regierung und des Landes an. Er hob hervor, daß die Aufbesserung von 1912/13 an Beamte das meiste schon im Voraus gebracht habe. Die Neuordnung sei weitere Aufbesserungen vor. Alle Bestrebungen aber nach weiteren Er-

höhungen fänden die uns allen gebotenen Schranken in der Finanzlage des Landes. Die Regierung müsse sich deshalb noch größere Zurückhaltung auferlegen wie der Finanzausschuh. Trotzdem aber beständen zwischen der Regierung und dem Ausschuh nur bezüglich kleinerer Einzelheiten grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten. So könne die Regierung dem Antrag des Ausschusses, den Beamten das Wohnungsgeld nicht zu gewähren, sondern dieses dem Gehalte zuzulegen, nicht beistimmen. Auch der Einführung neuer Amstittel und der Erhöhung mancher Endgehälter könne die Regierung nicht beistimmen, ebensowenig der Erhöhung der Gehälter einzelner Beamtenklassen, die einen Mehraufwand von 140 000 M. erfordern würde. Dagegen sei es erstreblich, daß es dem Ausschuh gelingen sei, den Tarif noch weiter zu vereinfachen. Kleinere redaktionelle Änderungen würden sich bei der Spezialberatung, falls eine solche erwünscht wäre, nötig machen. Den Vorschlägen, betreffend die Dienstbezüge der Hinterbliebenen, stimme die Regierung zu. Die Erhöhung der Witwengehälter von 30 auf 35 Prozent sei ein dringendes Bedürfnis. Was nun die Gehälter der Volksschullehrer betreffe, so sei der Ausschuh über die Vorschläge der Regierung wesentlich hinausgegangen. Die Endbezüge würden sich danach in Hessen über 500 M. höher stellen als in Preußen. Die Vorschläge des Ausschusses würden sich sachlich und finanziell nicht verwirklichen lassen. — Der Vorsitzende des Finanzausschusses, Dr. Osann, hat das Werk rasch zu einer endgültigen Gestaltung zu bringen. — Finanzminister Dr. Braun vervollständigte mit weiteren Zahlen das, was von der Regierung in dieser Vorlage beigebracht worden war. Er vertraute weiterhin, daß auch das ganze Land und mit ihm die Beamten- und Lehrerschaft seine Ansicht teilen, wonach der schweren Aufgabe des Aufbaues der organischen Befolungsreform der beste Dienst erwiesen werde, wenn sich der Aufbau vollziehe auf der Grundlage nachhaltiger Sicherung der Finanzen. Dies könne aber, was den Bedarf und die Dedung angehe, nur geschehen durch tunlichst enge Anknüpfung an die Vorschläge der Regierung.

Heer und Flotte.

Generalsberst v. Lindequist, Generaladjutant des Kaisers, vollendet heute sein 75. Lebensjahr. 1857 in die Armee getreten, stand er bei dieser bis zu seiner Verabschiedung im Jahre 1907. Lange Jahre hindurch gehörte er als Flügeladjutant und General à la suite der nächsten Umgebung Kaiser Wilhelms I. an, nach dessen Tode er in den Risten der Generale à la suite weiland Kaiser Wilhelms I. weitergeführt wurde. Als Generalleutnant stand er an der Spitze erst der 21. und dann der 26. Division und war von 1890 bis 1904 kommandierender General des 18. Armeekorps in Frankfurt. Von 1904 ab bis zu seiner Pensionierung war er Generalinspekteur des 3. Armeekorps. Er ist jetzt Generaladjutant des Kaisers und steht à la suite des 1. Garde-Regiments s. F. Seit 1910 ist er Vorsitzender des Deutschen Kriegerbundes und des Deutschen Pfadfinderbundes der Deutschen Landes-Kriegerverbände. 1911 wurde er ins preussische Herrenhaus berufen.

Liman v. Sanders und dessen Nachfolger. Generalleutnant Liman v. Sanders wurde vom Kaiser nach der vorgelegten Abschiedsaudienz mit dem Kronenorden 1. Klasse ausgezeichnet. Die Mission befindet sich bereits auf dem Wege nach der türkischen Hauptstadt. Als Nachfolger des Generals Liman v. Sanders ist der Oberquartiermeister im Generalstab der Armee, Generalleutnant Fehr v. Prechtling-Loringhoven in Berlin, zum Kommandeur der 22. Division in Staffeln ernannt worden.

Generalmajor s. D. Klaus v. Fredow, Ritter des Eisernen Kreuzes, geboren am 10. April 1850 zu Pilsenwalde, ist in seiner Wohnung in Halensee gestorben. Der General war zuletzt Kommandeur der 30. Kavalleriebrigade in Straßburg.

Die Ausreise der Atlantik-Division. Die Südatlantische Division hat die Ausreise nach Westafrika und Südamerika angetreten. Der Divisionschef, Konteradmiral v. Rebeur-Paschwitz, hat seine Flagge auf dem Linienschiff „Kaiser“ gesetzt.

Ausland.

Frankreich.

Das spanische Königspaar in Paris. Paris, 9. Dez. Der König und die Königin von Spanien sind aus London hier eingetroffen.

England.

Die Bankruß. Paris, 10. Dezember. Gestern traf die englische Suffragettenführerin Frau Bankhurst hier ein. Ihre schwer leidende Zustand machte es erforderlich, daß sie sich mit allen erdenklichen Vorsichtsmaßregeln in die Wohnung ihrer Tochter überführen lassen mußte.

Abgabe der englischen Gewerkschaften an den Larzinismus. London, 9. Dezember. Auf dem Gewerkschaftskongreß kam es zu stürmischen Szenen. Dem Dubliner Arbeiterführer Larzin wurde ein sehr feindseliger Empfang bereitet und eine Zeitlang herrschte große Unordnung. Schließlich entschied sich der Kongreß mit 223 000 gegen 208 000 auf ihm vertretenen Stimmen gegen den Generalfreil zur Unterstützung der Dubliner Ausständigen. Trotz heftiger Proteste Larzins wurde die Resolution angenommen, in welcher für die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit den Dubliner Arbeitgebern eingetreten wird.

Das Ende des Eisenarbeiterstreiks in Dublin. London, 9. Dezember. Auf Grund der heute zwischen den Reedern und den Arbeitern erreichten Verständigung wird der Hafen von Dublin morgen geöffnet und der normale Verkehr wieder aufgenommen.

Portugal.

Regelung der Handelsverordnungen für die portugiesischen Kolonien. Lissabon, 9. Dezember. Ein Dekret der Regierung verwirft den Protest der portugiesischen Kaufleute gegen die Verordnung vom 17. November v. J., betr. den auswärtigen Handel in der portugiesischen Kolonie Angola. Die Regierung ist der Ansicht, daß diese Verordnung den portugiesischen Kaufleuten und dem portugiesischen Handel überhaupt absolut keinen Abbruch tue. Immerhin soll durch das Parlament so bald wie möglich eine Neuordnung der diversen Handelsverordnungen in den portugiesischen Kolonien erfolgen.

Balkanstaaten.

Das Ergebnis der Wahlen in Bulgarien. Sofia, 10. Dezember. Trotz des totalen Misserfolgs der Russophilen ist es dem Kabinett Radelskiow

nicht gelungen, bei den Sobranjewahlen die Mehrheit zu erlangen. Von den 213 Mandaten der Sobranje entfielen nach dem gestern abend bekannt gegebenen offiziellen Wahlergebnis auf die Regierungspartei 95 Mandate, so daß also 118 Stimmen zur absoluten Mehrheit fehlen. Die Agrarier haben 37, die beiden Richtungen der Sozialisten 47, die von Malinow geführten Demokraten 14, die Radikalen 5, die Nationalpartei 5, die Demokratische Partei 1 Mandat. Demas selbst ist nämlich in Traja gewählt. Eine Ministerkrise scheint vorläufig abwendbar.

Nordamerika.

375 000 Dollar für Querta? New York, 9. Dezember. Die „World“ behauptet, die Well's Cargo Express Company habe Querta 375 000 Dollar vorgestreckt. Die hiesige Beamten-schaft erklärt, daß sie davon nichts wüßte; die mexikanische Filiale sei fast völlig unabhängig von der Hauptgesellschaft.

Die Rebellen erobern ein Kanonenboot. Mexiko, 9. Dezember. Eine Insurgentenschar bemächtigte sich des oberhalb der Stadt Turpan ankernden mexikanischen Kanonenboots „Turpan“ und machte nach Überwindung der Wache die Maschinen und Geschütze unbrauchbar, worauf sie unter Mitnahme eines Quantums Dynamit das Kanonenboot wieder verließ.

Luffahrt.

Nationale Wettfahrt für Freiballons. Berlin, 10. Dez. Am nächsten Samstag, nachmittags 3 Uhr, veranstaltet der Berliner Verein eine nationale Wettfahrt für Freiballons aller Klassen. Es handelt sich um eine beschränkte Wettfahrt. Nur die Landungen in Rußland, England und Frankreich sind verboten. Bei ungünstiger Witterung wird der Start auf Sonntagvormittag 9 Uhr verlegt.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Eine Wiesbadener Berg- und Waldbahn.

In der „Mürger-Zeitung“, dem Organ des „Wiesbadener Haus- und Grundbesitzervereins“, macht ein unbekannter G. W. Vorschläge über eine Berg- und Waldbahn, die auf folgendes hinauslaufen: eine neue Linie der Straßenbahn, beginnend am Hauptbahnhof, wird durch die Moritz- oder Oranienstraße und über die Rheinstraße gelegt und in die Schwalbacher Straße geleitet. In der orthodoxen Kirche wird die hier zur Bergbahn avancierende Linie entweder die Platter Straße hinausgeleitet oder sie steigt bis zur Haderstraße bergan und gewinnt von hier aus über die Kastellstraße die Platter Straße. Die Endstation der „Berg- und Waldbahn“ ist dort gedacht, wo die Platter Straße von dem links nach der Fischgrucht und rechts in den Rabengrund führenden Weg gekreuzt wird. G. W. meint, von der Rheinstraße ab genüge eine eingeseigte Strecke mit den nötigen Weichen und im Herbst und Winter könnten die Fahrten von der Haltestelle Rordfriedhof bis zur Endstation auf die Sonn- und Feiertage und die Mittwochs- und Samstagnachmittage beschränkt werden. Auf die sehr wichtige Frage der Rentabilität geht der Projektentwerfer nicht ein, er überläßt das den „Fachleuten, bezw. Interessenten“, womit er also zugibt, daß er weder ein Fachmann noch ein Interessent im engeren Sinne dieses Wortes ist. Man braucht natürlich kein Fachmann zu sein und kann doch einen vernünftigen Plan in Vorschlag bringen. Es erübrigt sich, näher auf die Vorteile einzugehen, die eine derartige Erweiterung des Wiesbadener Straßenbahnnetzes für die Anwohner der oberen Schwalbacher Straße sowie der Platter Straße und der benachbarten Quartiere haben würde; sie würde auch unzweifelhaft von vielen Freunden des Waldes freudig begrüßt werden. Die Ausführung dieses oder eines ähnlichen Projekts würde zwar die Überwindung ganz erheblicher Schwierigkeiten erfordern und die Rentabilität einer Berg- und Waldbahn erscheint vorläufig mindestens zweifelhaft, als eine dankbare Anregung darf jedoch der Vorschlags G. W.s registriert werden. Wir sind überzeugt, daß Wiesbaden einmal dem Gedanken, eine dritte Linie (außer den Unter die Eichen und nach der Weauste führenden Linien) der Straßenbahn in den Wald zu legen, näherzutreten wird, zurzeit aber ist wenig Aussicht vorhanden, das Wiesbadener Straßenbahnnetz in der ange deuteten Richtung zu erweitern.

— Vom Blankenkreuzbund zu Wiesbaden wird eine ausgedehnte Stadtmiffionsarbeit betrieben, um auch praktisch den Schäden der Trunksucht zu wehren und den Opfern des Trunks wieder zu einem geordneten Leben zu helfen. Im Männerheim wird zahlreichen Oidioten, Arbeitslosen, Invaliden und entlassenen Gefangenen ein Heim geboten und auf der Arbeitsstätte die Gelegenheit gegeben, durch Holzzerkleinern und ähnliche Arbeiten sich selbst das Notwendige zu verdienen, statt der Armenpflege zur Last zu fallen oder gar zu betteln, und so bald wieder im Gefängnis anzulangen. Am diese Bestrebungen durchzuführen zu können, wird Bestellung von Brennholz und Zuweisung von allen Möbeln, Kleidern, Betten, Papier und dergleichen erbeten. — In letzter Zeit ist wiederholt nachgemessen worden, daß in der rufene fälschlich den Namen des Blankenkreuzvereins vorgegeben, um auf diese unredliche Weise Holzbestellungen zu erlangen, wobei sich dann herausstellte, daß die Besteller arbeitslos betrogen wurden. In einem Fall bestand die Lieferung, die auf einen Zentner lautete, in ganzen 30 Pfund. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß künftig die Arbeiter von Bestellungen eine Kopfsbedeckung mit der Aufschrift „Stadtmiffion“ tragen und mit Ausweis Karte versehen sind. Die Lieferung geschieht nur mit Ausweis Karte und gegen gedruckte und gestempelte Quittung.

— Krüppelheim. Der „Verein für Krüppelfürsorge“ beabsichtigt, neben dem Haupt-Krüppelheim, das bekanntlich in Frankfurt a. M. errichtet worden soll, hier ein zweites kleineres Heim zu bauen. Als Bauplatz ist dafür ein an der Lahmstraße gelegenes städtisches Grundstück in Aussicht genommen, jedoch dürfte es recht fraglich sein, ob dieser Platz zwischen zwei Hauptautomobilstraßen mit ihren Staub- und Rauchentwicklungen und den für die Bewohner eines Krüppelheims doppelt großen Gefahren gerade der geeignete ist. Auch die Nähe der demnächst dort zu errichtenden neuen Schule dürfte nicht gerade für die Wahl dieses Platzes sprechen.

— Verhafteter Einbrecher. Die Kriminalpolizei nahm in der Person des Bäckerlehrlings Leonhard Heinrich aus Mainz

einen „schweren Jungen“ fest, der in den letzten Jahren zahlreiche Wunden und Wohnungsbrände im Rheinland und in Wiesbaden verübte. Heinrich war bereits vor längerer Zeit festgenommen und später zur Unterjuchung seines Weisheitsstandes nach dem Eichberg verbracht worden. Von hier ist er aber bald darauf durchgebrannt und konnte erst jetzt wieder in Wiesbaden verhaftet werden. — Festgenommen wurde ferner ein Mann aus Mainz, der am Sonntagabend dort einen Einbruchdiebstahl verübt hatte und in Wiesbaden die gestohlenen Sachen zu verkaufen versuchte.

— **Lebensmüde.** In der Nähe der Fischzuchtanstalt wurde die Leiche eines jungen Mannes gefunden, der in einem hiesigen ersten Kolonialwarengeschäft als Volontär tätig war und aus dem nahen Waldsgraben stammte. Er hatte sich erschossen und ist seit dem 6. d. M. von seinen Angehörigen als vermißt gemeldet gewesen. — Wie wir noch erfahren, ist der Lebensmüde der 18 Jahre alte Sohn des Landwirts Peter Kreuter aus Wildschaffen. Er soll die Tat aus Verzweiflung über seine Stellunglosigkeit verübt haben.

— **Aleine Notizen.** Die ordentliche Mitgliederversammlung der Sektion des „Alpenvereins“ ist am 8. Tage verschoben und findet am 18. Dezember statt.

Theater, Kunst, Vorträge.

* **Königliche Schauspieler.** Infolge Erkrankung der Frau Hans-Jocypfel singt in der heutigen Aufführung „Die Ballade“ Antia Franz vom Opernhaus in Frankfurt a. M. die Partie der „Gertrude“. — An Stelle des erkrankten Fräuleins Soos singt in der heutigen Vorstellung „Die Waise“ Fräulein Betty Köppler vom Großherzoglichen Hof- und Nationaltheater in Mannheim die Partie der „Frida“. Die Rolle der „Grimmerde“ hat Frau Nechlof-Westendorff übernommen.

* **Kurbau.** Wie seit Jahren wird der einheimische Märchenbinder Wilhelm Globes einen seiner beliebten Märchenabende veranstalten. Das Programm am nächsten Samstagabend um 8 Uhr bringt neben einigen bekannten Märchen, wie Rotkäppchen, Rumpelstilzchen und Hans im Glück, des hiesigen Märchenforschers, als Neuheiten eine Bearbeitung des kleinen Däumling von Globes, die Bremer Stadtmusikanten nach Grimm und „Von den lieben Engeln oben“ eine Reise in den Himmel von Eleonore Kaiser. Farbenprächtige Lichtbilder und weihnachtliche Musik werden wieder den Märchenvorstellungen einen wirkungsvollen Rahmen geben.

* **Konzert.** Zum Besten der Wiederherstellung der englischen Kirche findet am kommenden Mittwoch, nachmittags von 4 bis 6 Uhr, im „Hotel Kaiserhof“ die zweite Tee-Matinee statt. Bildl Soos und die Herren Ernst Lindner, F. v. Scherer und Hermann Hennig sind zur Mitwirkung gewonnen worden.

— **Club-Konzert.** Wir werden darauf aufmerksam gemacht: der Flügel, welchen die Künstlerin in ihrem neuen Konzert spielte, war ein „Yach“ (aus Stöppers Magazin, Adolfsstraße 5, hier selbst).

* **Vorträge.** Generalleutnant a. D. v. Brohm aus Berlin wird Donnerstag, abends 8 Uhr, im Saale des Vereins 1 am Schloßplatz einen Vortrag über: „Entwicklung unserer Bedeckung seit 1861 und ihre heutige Stellung“ halten. Die Ortsgruppe Wiesbaden des Deutschen Rednervereins ladet hierzu Damen und Herren ein; auch Nichtmitglieder haben freien Zutritt.

Kommenden Freitag, abends 9 Uhr, findet in der Aula des Vereins am Schloßplatz ein von der Ortsgruppe des Vereins Rotarichy-Part veranstalteter Lichtbilder Vortrag statt. „Beim Regen“ und „Vorwärts“ wird über das Thema „Am Urmund der Menschheit“ sprechen. Der Redner, ein genauer Kenner dieses Landes, hat die Lichtbilder sämtlich nach eigenen Aufnahmen herstellen lassen.

Mitteilungen aus dem Geschäftsleben.

(Für Redaktion und Verlag unverantwortlich.)

Der Künstler im Hause. Die Phonola-Dea-Gramola-Nachmittage der Firma Franz Schellenberg, Kirchgasse 33, von welcher der besuchte der Wohltätigkeit gewidmet war, erfreuen sich immer größerem Zuspruchs der musikalischen Welt. Zum drittenmal in 14 Tagen wurden heute die technisch vorzüglichen Instrumente der Firma Ludwig Gusfeld L.-G. in Leipzig und der Gramophon A.-B. Berlin vorgeführt. Und mit welcher Präzision arbeitet sich ein Phonola oder Gramola-Apparat oder Dea-Monier; Künstlerrollen von D'Albert, Carreno, Ysaï, Strauß usw. wurden mit vollendeter Genauigkeit der Technik wiedergegeben, alles war da, jede Weichheit, jedes Timbre, die Individualität des Anschlags und des Vortrags; die Stimmen eines Caruso, Hensel und die unferne Weisse-Winkel erklangen so naturgetreu, man glaubte den Sänger sehen zu müssen und so gestaltete sich die Wieder-gabe zum idealsten Genus. Wieviel Mittelmaßigkeit der Kunst sind diese Instrumente berufen auszuhalten — von wieviel Qualen, Ermüdung und Entbehrung befreien sie den Talent-lösen, dessen Ziel oder Befehl nach mühevollen Studium endlich für den „Hausbesitzer“ reicht. Sollte dieser nicht am Ende besser durch einige „Gottbegnadigte“, die im Hause zu Wort, reiß „Ton“, kommen, ouchet werden? Weitere Vorträge am nächsten Montag, den 15. Dezember, ab 5 Uhr, im Phonola-Dea-Saal, Kirchgasse 33, Eintritt frei. Karten im Piano- und Musikhaus Franz Schellenberg, Kirchgasse 33, und Filiale, Taunusstraße 20. 2257

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

— **Sonnenberg, 8. Dezember.** Wie alljährlich fand letzten Sonntag im „Kassauer Hof“ unter Vorsitz von Pfarrer Bender ein Konzert des hiesigen evangelischen Kirchen-gesangsvereins bei überfülltem Hause statt. Eingeleitet wurde dasselbe durch eine Ansprache des Vorsitzenden, der sich eine Verteilung von Diplomen für 25jährige Mitgliedschaft an zwei Herren angeschlossen. Chöre und Quartette unter der bekannten bewährten Leitung seines Dirigenten Lehrer Kramer wurden vorzüglich durchgeführt. Die Violinisten von Herrn Fr. Richter, Mitglied des Wiesbadener Musikvereins, unter Musikbegleitung von Lehrer Dietrich, wurden, wie nicht anders zu erwarten war, mit künstlerischer Präzision vorgetragen. Auch auf der Bühne bewährten sich die einzelnen Mitglieder vorzüglich. Ein recht gehaltvolles Weihnachtsstück sowie eine patriotische Aufführung aus dem Jahre 1812/13 wurden tadellos durchgeführt, wobei die Leistungen zweier Mitglieder bei weitem über die von Dilettanten hinausgingen. Stürmischer Beifall belohnte alles Dargebotene. Pfarrer Bender und alle, die zum Gelingen des geglückten Abends beigetragen haben, verdienen herzlichsten Dank. Dem Verein aber wünschen wir in seinen edlen Bestrebungen ein ferneres Wachsen, Blühen und Gedeihen.

Rassauische Nachrichten.

z. **Brandsch.** 10. Dezember. Nach der Obstbaum-zählung am 1. d. M. haben sich die Obstbäume in 18 Jahren um fast 4000 Stück vermehrt (11451 gegen 7500 Stück). Fast ausschließlich sind Birnbäume angepflanzt, darunter viele edlere Sorten.

x. **Dies, 9. Dezember.** Die Stadt Dies hat in diesen Tagen an den Hauptpunkten der Stadt Anschlagssäulen aufstellen lassen, wodurch dem Verunreinigen von Straßenenden ein Ende bereitet werden ist. — Die alte Kaserne geht mit 1. Oktober 1914 durch Kauf an die Stadt Dies für 24000 M. und das Recht für 1900 M. über. Dagegen übernimmt der Staat alle im Seebofswald gelegenen künftigen Kasernen.

z. **Müller (Oberlandkreis).** 10. Dezember. Unser lang-jähriger Pfarrer Herr C. Weinbauer, der rund 36 Jahre hier seines Amtes waltet, tritt im letzten Herbst einen

Schlaganfall und ist infolge dessen auf längere Zeit beurlaubt. Anfanglich wurde die Stelle durch Nachbargemeinde besetzt. Jetzt ist Herr Max Müller Senke aus Battersheim mit der Besetzung beauftragt.

ht. **Dillenburg, 9. Dezember.** Frau Witwe Schönfels, mit 66 Lebensjahren die älteste Person der Stadt, ist dieser Tage Kuratormutter geworden.

l. **Manderbach, 9. Dezember.** Gestern war hier ein junger Mann mit dem Fuß eines geladenen Revolvers beschäftigt, als der Revolver sich entlad und die Unvorsichtigen so schwer verletzten, daß er in die Giechener Klinik gebracht werden mußte.

fc. **Im Westerwald, 8. Dezember.** Der 2. Landwirtschaftliche Bezirksverein, der in Saiger eine Versammlung abhielt, beschloß einstimmig auf Antrag des Landwirts Weis (Mademühlen), den Vorstand zu ersuchen, bei der Landwirtschaftskammer dahin zu wirken, daß sofortige Maßnahmen gegen die Vergiftung der Fische durch die Jagdpächter ergriffen werden.

S. **Sachsenburg, 8. Dezember.** Wie die ärztliche Untersuchung ergeben hat, ist der Holzhaier Karl Köpfer von hier, dessen Tod wir meldeten, infolge eines Schlaganfalls, von dem er während der Arbeit auf dem Baume betroffen wurde, gestorben. — Gestern und heute veranstaltete der Kaninchenzüchterverein im Oberwesterwaldkreis hier eine gut besuchte Ausstellung von lebenden Tieren, Kaninpelzjachen u. a. Der starke Besuch der Ausstellung gibt Zeugnis von dem lebhaften Interesse, das man hier und in der Umgegend der Kaninchenzucht entgegenbringt. — Das Rhein-Rainische Verbandstheater gab hier am 7. d. M. vor ausverkauftem Hause unter starkem Beifall den „Eingebildeten Kranken“ von Mollière.

Aus der Umgebung.

ht. **Frankfurt a. M., 8. Dezember.** Die Stadt beschäftigte im Jahre 1912 10443 Beamte, Arbeiter und sonstige Angestellte und wendete für dieses Heer an Gehältern und Löhnen 22485884 M. auf. Für Pensionen, Witwen- und Waisenernährung und Arbeiterfürsorge verausgabte sie 2237741 M. — hd. Die bevorstehende Entkündigung des Heinedenkmal gibt dem „Deutschen Verein“ Anlaß, eine Protestversammlung auf Freitagabend in den „Komposthof“ einzuberufen. Der Reichstagsabgeordnete Dr. Werner (Gießen) wird das Thema behandeln: „Das Heinedenkmal in Frankfurt, ein Siegeszeichen des Judentums, eine Schmach des deutschen Volkes“.

m. **Stromberg, 8. Dezember.** Der Rheinische Provinzial-Lehrerverein erbaut hier ein Erholungsheim rheinischer Lehrer, dessen Grundsteinlegung Ostern 1914 erfolgt. Von der Stadt Stromberg wurde der Platz im Wert von 20000 M. zur Verfügung gestellt, ferner legt die Stadt eine neue Straße an und liefert Wasser, Elektrizität und Holz zum Selbstkostenpreis. An der für den Bau nötigen Summe fehlen noch 45000 M. Lotterien haben 120000 M. ergeben, von Bürgern aus Köln wurden 14000 M. gestiftet, während jedes Mitglied des Vereins 10 M. bezahlt.

Gerichtssaal.

wo. **Ein politischer Prozeß.** Anlässlich der letzten Landtagswahl war in der „Rheinischen Volkszeitung“ in Entgegnung auf einen Artikel im „Wiesbadener Tagblatt“ eine Korrespondenz aus Winkel erschienen, in welcher ein Arbeiter der Maschinenfabrik Johannisberg sich über den angeblich auf dem Werke herrschenden Wahlterrorismus beschwerte. Man spreche von den „pommerschen Sandplaten“ als Orte des größten Wahlterrorismus, in Johannisberg-Winkel aber sei es noch ungleich schlimmer. Die Arbeiter der Maschinenfabrik seien weiße Sklaven, welchen man sogar den freien Willen nehmen wollte. Es wurde in dem Artikel von den Johannisberger Fabrikherren“ als von Deuten gesprochen, die, indem sie ihren Arbeitern die Möglichkeit der Abstimmung nach eigener Überzeugung nahmen, Wahlterrorismus trieben. Durch den Artikel sahen sich der Mitinhaber und Direktor der Maschinenfabrik Klein, Forst und Bohm Nachfolger in Johannisberg sowie die Direktoren usw. der Chemikalienfabrik Waldenberg beleidigt. Sie strengten eine Privatklage wider den verantwortlichen Redakteur der „Rhein. Volksztg.“, Julius Stienne, an und dieser wurde heute vom Schöffengericht zu 50 M. Geldstrafe verurteilt, auch wurde den Privatklägern die Befugnis der Verantwärtung des entscheidenden Urteils in der „Rhein. Volksztg.“, dem „Wiesbadener Tagblatt“, dem „Rheingauer Volksfreund“ und dem „Weissenheimer Lokalanzeiger“ zuerkannt. — In dem Termin vor dem Schöffengericht wurde festgestellt, daß der Artikel der „Rhein. Volksztg.“ unter den Arbeitern der Maschinenfabrik die heftigsten Proteste hervorgerufen hatte und daß Direktor Krayer es bei irgend einer Gelegenheit ausdrücklich abgelehnt hatte, in ein Wahlbureau einzutreten mit dem Hinweis darauf, daß seine Arbeiter sich dadurch beeinträchtigt fühlen könnten. Auch der Bürgermeister von Johannisberg wußte nichts von einer derartigen Beeinflussung der Arbeiter der Maschinenfabrik durch die Privatkläger zu sagen. Der Angeklagte erklärte im Termin, daß der angelegene Artikel gegen die Herren der Firma Waldenberg einen Vorwurf nicht habe erheben sollen.

wo. **Ein interessanter Zivilprozeß** ist kürzlich vom hiesigen Landgericht zugunsten des Klägers entschieden worden. Die Lina Laug von hier trat, kaum der Schule entwachsen, am 1. Mai 1907 als Dienstmädchen bei dem Inhaber eines Kolonialwarengeschäfts in der Doppeimer Straße in Wiesbaden ein. Gleich am ersten Tage jedoch hatte sie Unglück. Ihr Kleid hing an einem im Ladenraum stehenden Gasherd Feuer und sie erlitt schwere Brandwunden, besonders an den Extremitäten. Sie mußte ins Krankenhaus verbracht werden, und dort hatte sie durch vier volle Monate hindurch entsetzliche Schmerzen zu erdulden. Nur durch Anwendung narkotischer Mittel war es möglich, ihr auf kurze Zeit Schlaf zu verschaffen, die offenen Wunden mußten mit Heilkräften bearbeitet werden, und nur der großen Geschicklichkeit des sie behandelnden Arztes, welcher in die tiefsten und größten Wunden anderen Teilen ihres Körpers entnommene gesunde Hautstücke überpflanzte, gelang es, sie überhaupt dem Leben zu erhalten. Erst fünf Monate nach ihrer Entlassung ins Krankenhaus war es ihr möglich, ihre Bettlage einmal zu verändern, und nach sechs Monaten konnte sie die ersten Schritte machen. Der Inhaber des Geschäfts war der inquisitorische als Fabrikarbeiter in Griesheim verstorbenen Philipp Gräff, sein Geschäftsführer ein Mann namens Siegg. Der Vater des Mädchens strengte nun zunächst einen Schadensersatzprozeß gegen Steeg an und erzielte

auch ein gerichtliches Erkenntnis, welches diesen zur Zahlung von 25000 M. verpflichtete. Als dieser Betrag jedoch beigetrieben werden sollte, ergab sich die Mittellosgkeit des Mannes. Die Folge war die Anstrengung eines zweiten Prozesses gegen den Geschäftsinhaber Gräff, und auch dieser wurde zur Zahlung von 20000 M. verpflichtet. Gräff, welcher bei der „Ersten Österreichischen allgemeinen Unfallversicherungsgesellschaft zu Wien“ bis zu 20000 Mark versichert war, hatte ein Kontumazialurteil gegen sich ergehen lassen. Als er jedoch die Gesellschaft zur Zahlung der versicherten Summe aufforderte, machte sie Schwierigkeiten, und er hatte auch seinerseits gegen sie den Prozeßweg zu beschreiten. In diesem Prozeß nun ist unlängst vor dem Wiesbadener Landgericht das Urteil gesprochen worden. Dasselbe verpflichtete die Versicherungsgesellschaft, an den Prozeßverpflichtigten des Klägers, Justizrat Edermann daher, an Schmerzensgeld 5000 M., an Schadloshaltung 10000 M., an Kosten usw. 788 M. 75 Pf., zusammen 15788 M. 75 Pf. nebst 4 Prozent Zinsen von 15501 M. 75 Pf. seit dem 4. Dezember 1907, dem Tage der Erhebung der ersten Klage, zwecks Weiterzahlung an die minderjährige Lina Laug zu zahlen oder den Nachlaß des Philipp Gräff in Griesheim durch Zahlung des Betrags von seiner Verbindlichkeit gegenüber der Lina Laug in dieser Höhe zu befreien. Die gesamten Prozeßkosten wurden der Unfallversicherungsgesellschaft aufgebürdet.

Sport und Spiel.

* **Ein militärisches Turn- und Sportfest in Berlin.** Der Kaiser genehmigte, daß im Mai 1914 turnerische Schau-sstellungen und sportliche Wettkämpfe für die Angehörigen der Armee stattfinden; sie sollen im deutschen Stadion abgehalten werden. Beteiligten dürfen sich Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften; der Kronprinz ist Protektor. Die Einzelheiten der Ausschreibungen werden zurzeit durch einen unter dem Vorsitz des Kommandeurs der Militärturnanstalt zusammenberufenen Ausschuss bearbeitet. Die Wettkämpfe werden für die Vorbereitungen der Olympiade von großer Bedeutung sein und deshalb wohl bei allen Sportfreunden lebhaftes Interesse erwecken.

Neues aus aller Welt.

Ein **Kaiserbild zu verkaufen.** Lausanne, 9. Dezember. Dieser Tage war in einem Schaufenster in Chaudesfondes ein schönes Bild des deutschen Kaisers zum Verkaufe ausgestellt. Es trug den eigenhändigen Namenszug des Herrschers und stand in einem kostbaren, von der Kaiserkrone überragten Rahmen. Verkäufer waren die Erben des verstorbenen schweizerischen Bundesrats Perrier!

Mädchenhändler mit der Morphiumspritze. London, 9. Dezember. Ein junger Apotheker aus Südamerika namens Armand Regard wurde in Newark (Vereinigte Staaten) verhaftet auf die Anklage einer jung verheirateten Frau namens Mariette Graff. Letztere behauptet, sie habe in einem Theater gesehen, als der junge Apotheker mit einer Injektionspritze ihr eine betäubende Flüssigkeit in den Arm gespritzt und alsdann verhaftet habe, sie gestohlen zu entführen. Als diese Anklage bekannt wurde, meldeten sich in vielen Städten der Vereinigten Staaten junge Mädchen, die ähnliche Erfahrungen, namentlich in Kinematographentheatern, gemacht haben wollen. Die Polizei glaubt, daß es sich um eine organisierte Bande von Mädchenhändlern handelt, die auf diese Weise ihre Opfer betäuben und sie dann mittels Automobils verschleppen. Medizinische Kreise stehen den Angaben skeptisch gegenüber. Bei dem ergränzten Fall fand man auf dem Fußboden eine Nadel, die mit Curare, einem südamerikanischen Pfeilgift, besetzt war.

Ein **Berliner Verkehrsunfall.** Berlin, 9. Dezember. Auf dem Weg zum Schellischen Bahnhof wurde ein zweifelhäufiger Wagen der Kaiserpost, als er gestern abend am Kreuzungspunkt der Jäger- und Friedrichstraße mit einem Kraftomnibus zusammenstieß, zum völligen Zusammenbruch gebracht. Unter den Passagieren, die ihn bis zur Leiche füllten, befanden sich viele Wertbesitzer. Die Umladung in einen herbeigerufenen Ersatzwagen wurde auf offener Straße unter der Aufsicht mehrerer höherer Postbeamten bewerkstelligt.

Einbruch in ein Erbgräbnis. Ulm, 9. Dezember. In Niederstogingen bei Ulm ist auf dem Friedhof die Familien-grab der Grafen v. Waldsegg und der Grafen des im vorigen Jahre verstorbenen bayerischen Reichsrats und Fideikommiss-herrn Grafen Karl erbrochen worden. Der umhüllende Holz-sarg war geöffnet und das Glasfenster des Bismarcks zer-trümmert. Der Einbrecher hat jedoch keinerlei Beute gemacht, da keine Wertgegenstände bei der Leiche waren.

Ein **Schneebad auf offener Straße.** Berlin, 9. Dez. An der vergangenen Nacht wurde eine Frau, die wahrscheinlich neugierig auf die von Straßenreinigern und Schaufmannern be-merkt, als sie gegen 3 Uhr ganz naht im Sturm und Schneegelöber in der Reuten Wilhelmstraße umherwanderte, nachdem sie sich auf der Straße über Kleider entkleidet hatte. Als die Leute die Unzufriedenheit anholten und nach einem Aufenkaufe bringen wollten, ergriff sie die Flucht. Man holte sie aber bald ein, deckte die halb Erstarrete mit Mänteln und anderen Kleidungsstücken zu und brachte sie mit einem Wagen nach der Charité. Wer sie ist, konnte noch nicht festgestellt werden.

Schwerer Unfall bei einer Hochzeit. Berlin, 10. Dezember. Ein belagertes Verzeihen hat sich in Panitzsch bei Kurort abgepielt. Gelegentlich der Hochzeit eines Einwohnere wurde ein Zug veranstaltet, der unter Vorantritt einer Musikkapelle durch den Ort zog. Die Teil-nemer fuhren auf Wagen. Durch die Musik angelockt, rannte plötzlich eine Schar Kinder aus einer Seitenstraße herbei. Die Kleinen liefen so schnell, daß sie nicht mehr zeitig genug anhalten konnten, sondern direkt gegen den vorberstehenden Wagen rannten und einige von ihnen unter die Räder gerieten. Während zwei der Kinder mit leichten äußeren Verletzungen davonkamen, erlitt ein Knabe so schwere innere Verletzungen, daß er kurz darauf starb.

Ein **„Quinadelverbot“ für Paris.** Paris, 10. Dezember. Der Polizeipräsident Dennon ist dem Beispiel des Berliner Polizeipräsidenten v. Jowow gefolgt. Er hat gestern, wie aus Paris telegraphiert wird, ein öffentliches Verbot erlassen, in dem den Damen das Tragen von nichtgeschützten Hutnadeln in der Straßenbahn, in Automobilomnibussen und auf der Untergrundbahn verboten wird.

Ein **Mühlenbesitzer als Einbrecher** erschossen Lugem-bura, 9. Dezember. In dem Dorfe Altwies wurde der 46-jährige geisteskranke Mühlenbesitzer Hermann von seinem 67-jährigen Knecht durch einen Geheißruf in die rechte Brust getötet. Der Geistesranke war nichts mit einem Brecheisen in die Kammer des Knechtes eingedrungen, der viel Geld im Mühlenbesitzer hatte.

Rosenschnur Dynamitexplosion. Bern, 9. Dezember. Am Mont-d'or-Tunnel bei Vallorbe (Kanton Waadt) explo-dierte eine Dynamitpatrone, wobei 8 Arbeiter, zum Teil schwer, ver-mundet wurden, einer ist bereits gestorben.

Ein **Strassenbahnunfall** Prag, 9. Dezember. Auf dem Grabschiff entliefte ein Motowagen der elektrischen Straßenbahn bei der Vorettstraße, ein anderer fuhr auf ihn auf. Beide Wagen wurden zer-trümmert. Zwölf Passagiere sind ver-letzt, darunter fünf schwer.

Ein **Waisenkind.** Paris, 10. Dezember. In Rom de Marlon ist in der letzten Nacht eine Waisenpost aufge-funden worden, die abgeschlossen war und eine Andacht enthielt, die in deutscher Sprache abgefaßt ist und anscheinend von dem

